

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5-6/2021



Millionengeschenk an Tesla

Kammergerichtsentscheid verfassungswidrig

60 Jahre Mauerbau

Aktuell

- 3 Drittreichster Mann der Welt erhält Millionengeschenk
„Keibelstraße muß Erinnerungsort werden“
Karl-Wilhelm-Fricke-Preis 2021

Recht

- 4 Kammergerichtsentscheidung verfassungswidrig

Geschichte

- 5 Workuta

60 Jahre Mauerbau

- 8 60 Jahre Mauerbau und Diamantene Hochzeit
9 Dokumentiert
10 Roggenernte an der Kapelle der Versöhnung
Kaum Wissen über DDR
11 Kassiber von Grenzposten
Die Berliner Mauer immer vor Augen

Berichte

- 12 Erinnerungsarbeit im Blick behalten

Verbände

- 14 Gedenkveranstaltung
Suchanzeige
15 7 Millionen Euro für Jugendbildung
5. Vorstand konstituiert
90. Geburtstag
16 Arno Esch vor 70 Jahren hingerichtet
Härtefallfonds auch im Westen
Neue Kontaktdaten
17 Jugendwettbewerb
Erinnerung an die Opfer des Mauerbaus
Gedenktafel in Zeitz

Service/Bücher

- 18 Widerstand
Erinnerungen eines Richters
19 Wo steht die Berliner Mauer heute?

Umschlagbild

Roggenernte neben der Kapelle der Versöhnung
in der Bernauer Straße in Berlin. (siehe auch Seite 10)

Foto: Stiftung Berliner Mauer

Wie umgehen mit Amtsträgern der Partei die Linke?

Liebe Leserinnen und Leser,

als SED-Opferverbände sind wir immer wieder im Zwiespalt, wie wir mit Landesregierungen oder Regierungen mit Beteiligung der Partei die Linke umgehen sollen. Die Bundesratsbeschlüsse, die Ende 2019 im Bundestag zu zahlreichen Verbesserungen für die Opfer geführt haben, sind maßgeblich von den Ländern Thüringen, Berlin und Brandenburg in den Bundesrat eingebracht worden.

Auch aktuell arbeiten wir an einer Bundesratsinitiative, welche verschiedene Themen wie die Entschädigung für Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft, für Zwangsausgesiedelte oder die Beweislastumkehr enthalten soll. Hier sind wir ebenfalls in der Vorbereitung auch auf Landesregierungen mit Beteiligung der Partei die Linke angewiesen. Unterstützung ist uns dieses Mal auch aus Staatskanzleien der „alten Bundesländer“ signalisiert worden.

Ein Problem ist, daß Staatskanzleien aus den „Alten Ländern“ wegen mangelnder „Ortskenntnis“ in der Vorbereitung keinen Beitrag leisten können. Das heißt, daß wir ohne Unterstützung von Landesregierungen auch mit linker Beteiligung im Bundesrat nichts erreichen können. Der Bundesrat kann der Bundesregierung Prüfbitten übermitteln, die dann

Bundesregierung und Bundestag zur Behandlung dieser Themen zwingt. Wir hatten zum Beispiel alle Landesregierungen wegen einer Initiative Zwangsarbeit angeschrieben. Ministerpräsident Ramelow hat sofort eine Videokonferenz anberaumt und Unterstützung und finanzielle Mittel für eine Studie angeboten. Das ist die Realität.

Auch mir fällt es schwer, damit umzugehen. Die linken Amtsträger wissen, daß SED-Opfer auch bei noch soviel Entgegenkommen nie die Linke wählen würden. Ob dies Einsicht ist oder Zweckmäßigkeit zum Handlungsmotiv von linken Amtsträgern als Hintergrund hat, sei dahin gestellt. Ich bitte nur um Verständnis, daß Gespräche im Interesse der Opfer von SED und Kommunismus mit allen Landesregierungen kein Ausdruck von Sympathien ist und schon gar nicht mit „Schwamm drüber“ gleichzusetzen ist.

Wir wissen, wo unser Platz war und ist, und wir vergessen nicht, wer die Verantwortung für das Unrecht in SBZ und DDR hatte und hat.

Es grüßt Sie

Ihr Dieter Dombrowski

Drittreichster Mann der Welt erhält Millionengeschenk

(uokg) Wie im August bekannt wurde, hat die Landesregierung Brandenburg dem mit 161 Milliarden US-Dollar drittreichsten Mann der Welt, Elon Musk, 8,1 Millionen Euro aus PMO-Mitteln für Aufwendungen der Ausgleichsmaßnahmen für den Bau der Tesla-Fabrik zur Verfügung gestellt.

Dazu der Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dieter Dombrowski: „Der Bau der Tesla-Fabrik ist ein Gewinn für die Region und auch für den technologischen Fortschritt in Deutschland. Dennoch bleibt die Frage, warum die Landesregierung Brandenburg den drittreichsten Mann der Welt mit Mitteln der ehemaligen Parteien und Massenorganisationen der DDR unterstützen muß. Richtig ist, daß auch Infrastrukturprojekte aus diesen Mitteln unterstützt werden können. Zur Infrastruktur gehören aber auch“, so Dombrowski, „Schulen, Seniorenheime, Kindertagesstätten und nicht

zuletzt die Gedenkstätten für die Opfer der SED-Diktatur. Hier aber hält sich die Landesregierung auffällig zurück. Da sich am 13. August zum 60. Mal der Bau der Mauer jährt, ist dies ein denkbar schlechtes Zeichen für die Menschen, die Opfer der SED-Diktatur geworden sind.“

Auch die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky, äußerte sich dazu: „Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Brandenburger Landesregierung es für nötig hält, ein milliardenschweres Unternehmen wie TESLA aus ehemaligem SED-Vermögen finanziell zu entlasten. Auch wenn die Mittelverwendung formal korrekt sein mag, so ist es moralisch und politisch fragwürdig. Die unrechtmäßig von der SED erworbenen Mittel sollten für die Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft und die Unterstützung der Opfer bereitgestellt werden. Hier gibt es noch viel zu tun.“

Tom Sello: „Keibelstraße muß Erinnerungsort werden!“

Machbarkeitsstudie zeigt Potential des Ortes auf

(bab) Anlässlich des 60. Jahrestags des Mauerbaus am 13. August 2021 hat der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello, auf die Bedeutung des früheren Präsidiums der Volkspolizei in der Keibelstraße am Alexanderplatz hingewiesen. „Im Polizeipräsidium tagte der Einsatzstab für den Mauerbau. Die Volkspolizei war wesentlich in die Planungen für die Abriegelung der West-Sektoren Berlins eingebunden.“

Sello forderte, den Hafttrakt des ehemaligen Polizeigefängnisses innerhalb des Gebäudekomplexes zu einem öffentlich zugänglichen Erinnerungsort auszubauen, um die Verstrickung der Volkspolizei in das Herrschaftssystem der SED-Diktatur zu beleuchten. Am Beispiel der Keibelstraße lasse sich exemplarisch zeigen, welche große Bedeutung polizeiliches Handeln für die Sicherung der Einparteienherrschaft in der DDR hatte, so der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte.

Das Büro merz merz hat im Auftrag des Landes Berlin eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Darin wird untersucht, welche Maßnahmen für eine zeitgemäße Einrich-

tung eines „Lern- und Erinnerungsorts“ in Betracht kommen und wie diese für das Baudenkmal umsetzbar sind. „Die Machbarkeitsstudie zeigt, daß die Keibelstraße mit ihrer zentralen Lage und guten Anbindung an den ÖPNV als Erinnerungsort großes Potential bietet“, betonte Sello. „Deshalb ist es wichtig, daß der Berliner Senat in der nächsten Legislaturperiode den Ausbau der Immobilie zügig vorantreibt und die Gedenkstätte Hohenschönhausen mit der Umsetzung beauftragt.“

Erich Honecker hatte im August 1961 auf Befehl des damaligen DDR-Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht die Planung und Umsetzung des Mauerbaus geleitet. Honecker (der spätere Nachfolger Ulbrichts als Partei- und Staatschef) war damals der für Sicherheitsfragen zuständige Sekretär im Zentralkomitee der SED. Die Einsatzzentrale seines achtköpfigen Stabs befand sich im Polizeipräsidium in der Keibelstraße. Von dort aus koordinierte Honecker die Sicherungs- und Propagandamaßnahmen des Mauerbaus. Zum Einsatzstab gehörten der Polizeipräsident von Ost-Berlin, Fritz Eikemeier, sowie weitere hohe Polizeioffiziere.

Karl-Wilhelm-Fricke-Preis 2021

(bsta) Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat 2021 zum fünften Mal ihren Karl-Wilhelm-Fricke-Preis vergeben. Ermöglicht wurde der Preis durch eine Spende des Mediziners, Autors und ehemaligen Fluchthelfers Dr. Burkhard Veigel. Mit diesem Preis sollen Einzelprojekte, Persönlichkeiten und Initiativen ausgezeichnet und gewürdigt werden, die sich mit ihrer Arbeit für Freiheit, Demokratie und Zivilcourage eingesetzt haben.

Der Karl-Wilhelm-Fricke-Preis wird in drei Kategorien vergeben. Hauptpreis, Sonderpreis und 2021 erstmals auch in der Kategorie Nachwuchspreis.

Mit dem Hauptpreis 2021 wurde der Frankfurter Historiker Dr. Gerd Koenen ausgezeichnet. Der Sonderpreis ging an die Online-Plattform Dekoder.org und ihr Redaktionsnetzwerk. Der Nachwuchspreis wurde an die Macher des Youtube-Kanals „Oma Else: Roadtrip zur Grenze. Urlaub und Leben im Sperrgebiet“ verliehen.

Gewürdigt wurden die Preisträger von dem Publizisten Albrecht von Lucke (Hauptpreis), der Journalistin und Rußland-Expertin Golineh Atai (Sonderpreis) sowie dem Direktor der Stiftung Berliner Mauer Prof. Dr. Axel Klausmeier (Nachwuchspreis).

Die Jury wählte die Preisträger und Preisträgerinnen aus rund 40 Vorschlägen aus. Der Jury gehören an: Horst Köhler, Bundespräsident a.D., Marianne Birthler, ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (Voritzende), Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Prof. Dr. Irina Scherbakowa, Memorial Moskau, Marko Martin, Schriftsteller, Dr. Burkhard Veigel, Spender.

Da lacht der Klassenfeind

„Müller bediente sich hierbei insbesondere der sogenannten politischen Witze: ‚Frau Lotte Ulbricht will arbeiten gehen in einer Wäscherei. Sie wird eingestellt, aber es gibt eine Bedingung: Walter muß Leine ziehen.‘“

MfS, AOP 106/65, Bl. 39

Kammergerichtsentscheidung verfassungswidrig

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin hat ganz aktuell mit Beschluß vom 16. Juni 2021 (Akz. 108/20) festgestellt, daß das Kammergericht (Oberlandesgericht von Berlin) in einer Entscheidung gleich in dreifacher Hinsicht gegen die Verfassung verstoßen hat.

Es geht um den Beschluß des Kammergerichts vom 10. Dezember 2019 (Akz. 7 Ws 8 – 14/19 REHA). Dem lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Der am 18. Juli 1953 geborene Beschwerdeführer (nachfolgend B) lebte mit seiner Mutter und seiner zwei Jahre jüngeren Halbschwester in Ost-Berlin im Haushalt der Großeltern. Der Vater war im Jahr 1959 nach West-Berlin ausgewandert und hatte zunächst versucht, seinen Sohn (den B), nachzuholen. Da die Mutter damit wohl nicht einverstanden gewesen war, versuchte der B im Alter von 9 Jahren, die Grenze zu überschreiten, um zu seinem Vater zu gelangen. Dabei wurde er jedoch aufgegriffen und in ein Kinderheim überführt. Dort blieb er auch nach der Neuverheiratung der Mutter im Jahr 1963, da diese nicht bereit war, ihn wieder aufzunehmen.

Ab 1962 bis 1971 war B dann in verschiedenen Heimen untergebracht, unter anderem auch zweimal im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, wofür er aber schon 2011 rehabilitiert wurde.

2017 stellte B dann den Rehabilitierungsantrag für die Einweisung in die anderen Heime. Das Landgericht Berlin wies diesen im Januar 2019 (Akz. 551 Rh 419 bis 425/17) zurück und führte zur Begründung aus, daß sich eine Einweisung aus Gründen der politischen Verfolgung mangels Archivierung der Akten ebenso wenig feststellen ließe, wie ein grobes Mißverhältnis der angeordneten Rechtsfolgen zu dem Einweisungsgrund. Das Kammergericht bestätigte diese Entscheidung. Der B sei aus Fürsorgegründen eingewiesen worden.

Dadurch, daß B selbst in einer schriftlichen Stellungnahme neben seinen Bestrebungen, als Kind zu seinem Vater in die Bundesrepublik Deutschland zu ziehen und dem siebenmaligen Aufsuchen des Grenzbereichs, Alkoholprobleme seiner Mutter und unentschuldigtes Fehlen in der Schule angegeben habe, sei die inzwischen in Kraft getretene gesetzliche Vermutung (vgl. § 10 Abs. 3 StrRehaG) rechtsstaatswidriger Einweisungsgründe widerlegt. Dies ginge auch aus dem Abschlußbericht des Sonderkinderheims in Burgstädt vom 6. Juli 1968 hervor, der einen politisch oder sachfremd motivierten Aufnahmegrund nicht enthalte.

Gegen diesen Beschluß erhob B Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof von Berlin und trug u.a. vor, daß das Kammergericht die mehrfach getätigten Angaben zu politisch motivierten Einweisungsgründen und die ihm während der Heimaufenthalte widerfahrene menschenunwürdige Behandlung nicht gehört und die gebotene Aufklärung des Sachverhalts unterlassen habe. Die Heimeinweisungen seien aufgrund seiner mehrfachen Bestrebungen erfolgt, im Alter von 9 Jahren die Grenze zu passieren und zu seinem in die Bundesrepublik Deutschland ausgewanderten Vater zu ziehen. Gegen das Vorliegen von Fürsorgegründen spreche, daß seine Halbschwester von den Behörden bei der Mutter belassen worden und der Vater zu der Übernahme der elterlichen Sorge für ihn bereit gewesen sei.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs fiel einstimmig und unmißverständlich aus:

„Die angegriffene Entscheidung verstößt gegen den Gleichheitssatz in der Ausprägung des Willkürverbots (Art. 10 Abs. 1 VvB), gegen den Grundsatz effektiven Rechtsschutzes (Art. 15 Abs. 4 Satz 1 VvB), und verletzt den Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 15 Abs. 1 VvB).“

Zunächst stellt der Gerichtshof fest, daß das Kammergericht ohne hinreichende Ermittlungen entschieden hat, daß die Vermutung des § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG widerlegt sei und damit die Rechte des B auf effektiven Rechtsschutz verletzt sind.

Der Vortrag des B (Ausreise des Vaters und die zahlreichen Versuche zu diesem zu gelangen) hätte das Kammergericht

veranlassen müssen, die näheren Umstände der Ausreise des Vaters des B sowie von dessen Heimeinweisungen und Fluchtversuchen abzuklären, etwa durch Vernehmung des B, seiner Halbschwester und seines namentlich bekannten Vaters.

Darüber hinaus habe das Kammergericht, in dem es allein auf der Basis des von ihm festgestellten Sachverhalts die gesetzliche Vermutung des § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG als widerlegt angesehen hat, gegen das Willkürverbot verstoßen.

Das Kammergericht hatte, wie oben schon beschrieben, argumentiert, daß der B mit der Alkoholsucht der Mutter und seinen Schulproblemen auch Fürsorgeprobleme angegeben habe. Damit sei die gesetzliche Vermutung widerlegt. Richtigerweise sieht es der Gerichtshof genau anders und führt an, daß das Kammergericht unberücksichtigt gelassen habe, daß die Angaben des B Anhaltspunkte ergeben haben, wonach neben möglichen Fürsorgegründen zugleich in erheblicher Weise sachfremde politische Gründe vorgelegen haben können. Das Ergebnis der sonstigen Ermittlungen zum Grund der Einweisungen habe keine hinreichenden Erkenntnisse für den einen oder anderen Grund erbracht. Für diese Situation der Unerweislichkeit hat der Gesetzgeber die Vermutungsregelung des § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG geschaffen, so der Verfassungsgerichtshof.

Damit stelle sich die Wertung des Kammergerichts auf der Grundlage des von ihm festgestellten Sachverhalts als insgesamt nicht mehr vertretbar dar und verstoße damit gegen das Willkürverbot.

Letztlich stellt der Gerichtshof fest, daß das Kammergericht, soweit es die Argumente des B für die sachfremde Einweisung nicht berücksichtigt hat, indem es den Vortrag als unbeachtlich angesehen hat, auch gegen das Recht auf rechtliches Gehör verstoßen habe. Es ist nicht das erste Mal, daß in einem Rehabilitierungsverfahren eine Entscheidung eines Oberlandesgerichts von einem Verfassungsgericht auseinandergenommen wurde. Das Kammergericht wird sich gut überlegen, ob es in Zukunft weiterhin die Vorträge der Betroffenen für unbeachtlich ansieht und hinreichende Ermittlungen unterläßt!

Ass. jur. Benjamin Baumgart

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Workuta

Erinnerung an die blutige Niederschlagung des Streiks am 1. August 1953

Nur noch wenige Überlebende können uns vom Gulag Workuta erzählen, wo die Häftlinge am 1. August 1953 den Aufstand probten, der blutig niedergeschlagen wurde. Wie kam es zum Streik in Workuta?

Nach Stalins Tod am 5. März 1953 und der Verhaftung des KGB-Chefs Lawrenti Berija am 26. Juni 1953 unter dem Vorwurf, ein amerikanischer Agent zu sein, keimte Hoffnung auf, die bis nach Workuta strahlte. Am 17. Juni 1953 fand in der DDR ein Volksaufstand statt. Selbst im Gulag wagten es die Häftlinge zu streiken, angefangen um die Tage des 23./24. Juli 1953 zuerst im 7. Schacht, danach in den Schächten 6, 12, 14, und 16. Die Arbeitsniederlegung im 29. Schacht (Lager 10) begann am 26. Juli 1953. Zum Zeitpunkt des Aufstandes lebten im Lager 10 etwa 4000 Gefangene, vorwiegend Russen, aber auch viele Ukrainer und Balten und ca. 170 Deutsche.

Wieder aufgefundene Ansprache Horst Schülers (1924–2019), gehalten am 17. März 1995

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde und Gefährtinnen aus den Lagern und Gefängnissen des Archipels Gulag!

Darf man eigentlich in dieser Umgebung von Leid, von Grausamkeit, von Folter, Verzweiflung und all dem sprechen, was Menschen durch andere Menschen erlitten haben? Menschen, die nichts anderes taten, als sich gegen Unterdrückung zu wehren? Diese Frage hat mich in den letzten Tagen sehr bewegt. Warum?

Weil wir uns in einer Kirche befinden, in einem Haus Gottes, wo doch tagtäglich die Barmherzigkeit und Güte im Mittelpunkt des Wortes stehen. Wo man uns auffordert, den Nächsten zu lieben und ihm zu vergeben, so es etwas zu vergeben gibt. Darf also ausgerechnet an einem solchen Ort ein Plädoyer dafür gehalten werden, das Unrecht, den Terror, die Gewalt gegen Wehrlose nicht zu vergessen? Eben nicht alles mit verzeihender Liebe zuzudecken, was der Haß gesät hat? Weckt das nicht allzu sehr den Verdacht, es gehe eigentlich lediglich um Rache?

Ja, diese Frage beschäftigte mich lange, als ich mich auf den heutigen Abend vorbereitete. Sie machte mich unsicher, löste Selbstzweifel aus – bis mir schließlich bewußt wurde, daß ja auch in Gotteshäusern schon immer ein Beweis menschlicher Willkür zu sehen ist. Ja, daß dieser Willkür gewissermaßen ein Symbol unseres Glaubens entgegengesetzt wurde: Dort, der ans Kreuz geschlagene Sohn Gottes! Von Menschen wurde er gefangengesetzt, von Menschen verurteilt, von Menschen auf das Unerträglichste gequält. Und in der Stunde seines Todes noch verhöhnt: Eine Dornenkrone setzten die Folterknechte ihm auf und riefen: Bist Du Gottes Sohn, dann hilf Dir selbst! Willkür! Willkür in ihrer schrecklichsten Form. Jemanden gefangen nehmen, dessen Anspruch und Meinung wir nicht teilen, ihn deshalb foltern, verhöhnen, ihn töten.

Nun gut, werden vielleicht manche versuchen abzuschwächen, vor zwei Jahrtausenden geschah das. Die Menschen waren damals roher, unbedenklicher in ihren Handlungen gegen andere. Welch Argument! Als ob wir in den zweitausend Jahren seit der Kreuzigung Christi auch nur ein wenig an Rohheit verloren hätten. Als ob wir nicht beinahe täglich von unvorstellbaren Grausamkeiten hören und lesen können, selbst gegen die Wehrlosesten unter uns, die Kinder. Nichts haben wir gelernt, absolut nichts. Wir bekriegen uns weiter, wir schlagen uns tot, einer anderen Ideologie, eines anderen

Glaubens wegen. Von Golgatha führt ein direkter Weg nach Dachau, Sachsenhausen, Auschwitz, Workuta, Magadan, Bautzen. Und die nächsten Stationen stehen bereits im Buch der Geschichte – Sarajevo heißen sie, Grosny, Somalia.

Keine Angst, es werden nicht die letzten sein. Wir Menschen lieben die Gleichnisse, doch wir sind nicht bereit, aus ihnen zu lernen.

Ich denke also, gerade hier, in einer Kirche, sollte erzählt werden, wie Menschen die Nächstenliebe mit Füßen treten. Und vielleicht sogar noch glauben, sie hätten recht damit gehandelt. Kann man das mit Zahlen deutlich machen? Etwa mit der – noch dazu ungewissen – Aussage, daß in den Jahren der kommunistischen Herrschaft in Deutschland einige hunderttausend Menschen verhaftet wurden, nur weil sie in Freiheit leben wollten?

Ach, diese unnahbaren Zahlen! Statistiker mögen aus ihnen etwas entnehmen doch was können sie uns anderen schon mitteilen vom Leid des einzelnen? Wer ahnt hinter Zahlen etwas von persönlichen Schicksalen? Von dem Mann etwa, der zehn Jahre in einem sowjetischen Lager verbrachte, stets am Rande des Todes, am Leben gehalten nur durch den Glauben an seine Frau, der dann heimkehrte, sie in den Armen eines anderen vorfand und sich deshalb aus dem Fenster stürzte? – Wer ahnt hinter kalten Zahlen etwas von diesem Stralsunder Seefahrer, der just an dem Tag, an dem er aus dem Lager heimgeschickt werden sollte, im Bergwerk erschlagen wurde? – Oder von diesem Unglücklichen, den sie nach der Heimkehr in Thüringen psychiatrisch



Foto: Privat

Die ehemaligen politischen Häftlinge (v.l.) Horst Hennig, Dietrich Hartwig, Bernhard Schulz, Horst Maltzahn, Heini Fritsche, Erwin Jöris, Roland Bude und Günter Müller-Hellwig bei der Einweihung der deutschen Gedenkstätte auf dem Gräberfeld des ehemaligen 29. Schachts, Lager 10, am 1. August 1995.

behandelten, einen gesunden Menschen in eine Anstalt gesteckt, nur weil er noch immer nicht so dachte, wie sie ihn zu denken zwingen wollten? – Oder von dieser Frau, die schwanger verhaftet wurde und ihre Tochter in der Festung Hoheneck zur Welt brachte?

Nein, keine Zahlen. Terror wird nur sichtbar an Schicksalen.

Deshalb möchte ich Ihnen also von Gerd Kirsche berichten – als ein Beispiel für unzählige solcher Schicksale. Obwohl es herzlich wenig ist, was ich von Gerd Kirsche

meisten politische Gegner, Sklavenarbeit in Bergwerken, jeder Tag ein Tag ohne Hoffnung. Jeder Tag ein Tag der Verzweiflung. 1951 traf ich Gerd Kirsche im Lager des 29. Schachtes. Knapp über 20 war er damals. Manchmal erzählte er vom sächsischen Waldheim, wo er herkommt, doch das war nichts Besonderes, wir erzählten alle von unserer Heimat, es war das einzige, was uns für ein paar Minuten aus der Trostlosigkeit holte.

Vor seiner Verhaftung war Kirsche Geologietechniker bei der Wismut-AG in Aue gewesen. Bis sie ihn 1951 holten. Es war das Übliche: Untersuchungshaft, Schläge, Dunkelzelle, Folter, jede nur erdenkliche Form der Folter. Nach ein paar Wochen hatten sie ihn müde gemacht, er unterschrieb alles an russischen Protokollen, was er ohnehin nicht lesen konnte. Dann Militärtribunal, 25 Jahre Zwangsarbeit, Abtransport in die Sowjetunion. Spionage und Zersetzungsbearbeitung hatten sie ihm vorgeworfen, auch das hielt sich im üblichen

nur das: Sie übernahmen die Kontrolle in den Lagern, sie verboten den Wachmannschaften, die Lagerzone zu betreten, sie lehnten Gespräche mit dem KBG-Kommandeur von Workuta ab, statt dessen forderten sie den Besuch einer hochrangigen Moskauer Kommission. Was hatten sie auch noch zu verlieren?

Die Kommission aus Moskau kam. An ihrer Spitze ein hochdekoriertes Mitglied der Sowjetunion und stellvertretender Innenminister: Armeegeneral Maslennikow. Er kam mit seiner Delegation ins Lager des 29. Schachtes, hörte sich die Wünsche der Häftlinge an und ließ in diesem Lager einen Tag später ein grausames Exempel exerzieren, um dem Aufstand in der Region ein Ende zu bereiten. Er ließ das Lager umstellen, ließ Truppen wahllos in die Menge der Gefangenen schießen. In dem Feuerhagel wurden viele hundert Menschen verwundet und 64 getötet. Einer von ihnen war Gerd Kirsche. 23 Jahre alt. Unter uns wenigen Deutschen dieses Lagers – knapp mehr als hundert waren wir unter rund 4000 Gefangenen aus allen Teilen der Sowjetunion –, unter uns Deutschen also hatte er eigentlich immer zu den Hoffnungsvollen gehört. Ihr werdet sehen, eines Tages schicken sie uns heim, hatte er manchmal gesagt.

Jetzt liegt er irgendwo in der Tundra, zu meist unter Schnee- und Eisbergen. Es gibt kein Grab von ihm, es kann niemand eine Blume für ihn niederlegen. Nur eine Akte gibt es in Workuta noch von Gerd Kirsche. Von Wolfgang Jeschke übrigens auch. So hieß ein anderer Deutscher, der bei diesem Blutbad in Anwesenheit eines stellvertretenden Innenministers der Sowjetunion und des Generalstaatsanwalts Rudenko erschossen wurde. Der war noch wenige Jahre zuvor sowjetischer Generalankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen gewesen. Jetzt ließ er es tatenlos zu, daß wehrlose Menschen niedergemetzelt wurden.

Das wäre dann auch schon die Geschichte von Gerd Kirsche. Bis auf eine Kleinigkeit. Vor wenigen Monaten kam nämlich Post aus Moskau nach Deutschland. In einem knappen Bescheid teilte die Generalstaatsanwaltschaft der russischen Föderation mit, daß der deutsche Staatsbürger Kirsche, Hans-Gerd, unbegründet verurteilt worden sei und er postum vollständig rehabilitiert werde.

Interessiert das noch jemanden? Wer ist schon dieser Gerd Kirsche, dieser Wolfgang Jeschke? Wer weiß denn überhaupt



Personalausweis von Hans-Gerd Kirsche.

weiß. Nichts von seiner Kindheit, nicht, ob er ein guter Schüler war oder ein schlechter, ob er eine Freundin hatte, ob er jemals glücklich war. Nein, wo wir uns trafen, das war kein Ort an dem man vom Glücklichen sein erzählte. Ich hatte Gerd Kirsche oben im eisigen Norden Rußlands kennengelernt, jenseits des Polarkreises, wo die Schneestürme mit hier unvorstellbarer Gewalt über die baumlose Tundra fegen, wo das Thermometer manchmal bis unter die 60-Grad-Grenze sinkt, wo acht Monate im Jahr Winter herrscht, schrecklicher Winter. Seit den 1930er Jahren hatten die Schergen Stalins Tausende und Abertausende Menschen dorthin verschleppt. Als wir hinkamen, da gab es immerhin schon feste Lager, Baracken, die ein wenig Wärme spendeten. Die ersten der armen Teufel, die in den Norden gebracht wurden, sie mußten sich noch Löcher in den ewig gefrorenen Boden schlagen, mußten in diesen Erdhöhlen hausen, dicht aneinander gepreßt, um sich am Körper des anderen gegen den Frost zu wehren.

Workuta, ein berühmter Name im Katalog des Archipel Gulag, mehr als vierzig Lager, an die 200 000 Häftlinge, die

Rahmen. In Wahrheit hatte er in West-Berlin lediglich über die katastrophale Sicherheitstechnik und den mangelhaften Arbeitsschutz in den Schächten des Uranbergbaus erzählt. Kein Mensch würde heute darin etwas Ungewöhnliches sehen, schon gar nicht etwas Unerlaubtes. Damals jedoch genügte das.

Immerhin, Gerd Kirsche hatte noch Glück. Seine beiden mit ihm verhafteten Freunde wurden zum Tode verurteilt und erschossen.

Das Glück des Gerd Kirsche bestand darin, daß er die beiden um knapp zwei Jahre überlebte. Ob das allerdings wirklich ein Glück war, dieses Leben?! Nach den zwei Jahren wurde auch er erschossen. Es war im Sommer 1953. Ein paar Monate vordem, im März, war Stalin gestorben. Doch die Hoffnungen der Sträflinge, daß sich nach dem Tod des Diktators etwas zu ihren Gunsten ändern würde, sie wurden von Tag zu Tag weniger. Dafür wuchs die Verzweiflung ins Riesenhafte. Im Juli schließlich entlud sie sich. Die Gefangenen mehrerer Lager in Workuta verweigerten die Arbeit. Sie streikten. Nicht

von diesem Aufstand? Wer weiß etwas von Workuta? Wer erinnert sich noch, daß in diesen März-Tagen vor 45 Jahren verzweifelte politische Häftlinge aus den Fenstern des Bautzener Gefängnisses ihre Not hinausgeschrien und um Hilfe flehten? Wer denkt noch daran, daß sie deshalb brutal zusammengeknüpelt wurden?

Nein, Gerd Kirsche ist nur eines von vielen Opfern, die vergessen worden sind. Laßt die alten Geschichten ruhen, sagt man uns manchmal. Obwohl ja diese alten Geschichten gar nicht so alt sind. Denn der Terror beschränkte sich ja längst nicht auf die ersten Jahre nach dem Krieg, er setzte sich in Bautzen, in der Festung Hoheneck, in Torgau, Brandenburg, Halle kontinuierlich fort, bis in die letzten Tage der DDR.

Gut, vielleicht waren sie nicht mehr ganz so brutal, wie in den vierziger und fünfziger Jahren. Doch auch das nicht etwa aus gewachsener Humanität, nein, sie waren nur schäbig genug, ihre Opfer von der Bundesrepublik freikaufen zu lassen, um mit dem Schandgeld ihren maroden Haushalt zu sanieren. Menschenfleisch verkauften sie an den Klassenfeind, hat Wolf Biermann dies einmal genannt.

Und das ist alles nur ein paar lächerliche Jahre her!

Doch es scheint unbequem, daran zu erinnern. Und statt sich der Opfer anzunehmen, interessieren sich viele eher für die Täter. Täter, die manchmal so schamlos sind, ihre Tätigkeit als Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes noch offen zuzugeben, damit kokettieren. Die kein Wort der Entschuldigung für ihre Opfer finden, nur für sich selbst. Und die nahtlos weiterhin Politik machen, sich zur Wahl stellen, als sei nichts geschehen, sogar gewählt werden.

Ja, sie haben es sich sehr bequem gemacht in den Polsterstühlen des einst so bekämpften Klassenfeindes. Und sicher haben sie ihre helle Freude an der sogenannten Amnestie-Debatte, an den Forderungen demokratischer Politiker, die Gauck-Behörde aufzulösen, die Stasi-Akten zu schließen. Üble Gerüche kämen aus diesen Akten hoch, hat unser Bundeskanzler Kohl einmal gesagt. Ja, was denn wohl sonst? Was soll denn aus diesen Belegen der Bespitzelung, der Denunziation, der Beobachtungen, des Abhörens anderes hochkommen? Und beseitigt man üble Gerüche etwa durch Auflösungs-Dekrete?

Schuld kann man nicht durch Verdecken aus der Welt schaffen, hat der russische Oberst Wollin auf dem Bautzen-Forum 1994 gesagt. Oberst Wollin ist Militärstaatsanwalt in Moskau. Seine Erkenntnis würde man so manchem sogenannten Intellektuellen bei uns wünschen, der da meint, die Stasi-Akten hinderten unser Volk am Zusammenwachsen. Seltsamerweise sind es oft dieselben, die beklagen, daß man gegen manche Täter des NS-Regimes zu viel Milde habe walten lassen. Zu Recht übrigens, diese Klage, damit wir uns richtig verstehen. Nur: Warum unterscheiden sie plötzlich zwischen Unmenschlichkeiten?

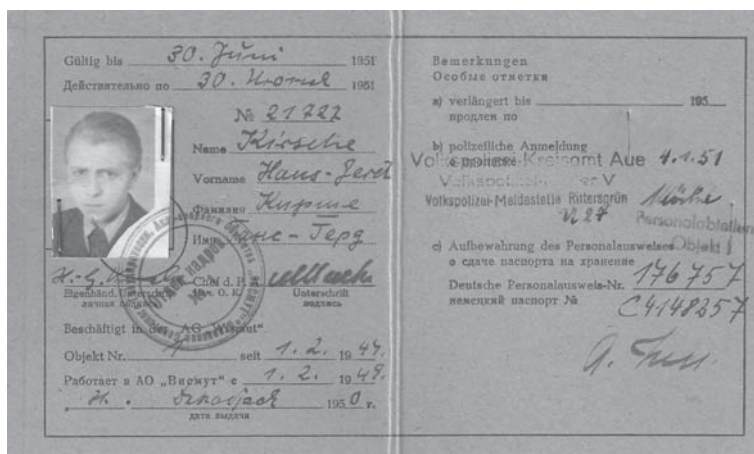
Können Sie, verehrte Besucher dieser Veranstaltung, können Sie verstehen, daß wir verbittert darüber sind? Daß manchen von uns die blanke Wut packt und andere resignieren wie Dieter Rieke, viele Jahre politischer Häftling in Bautzen und Mitbegründer des Bautzen-Forums, einmal gesagt. Wir sehen die Täter behaglich in Talk-Shows plaudern, wir erleben eine Renaissance stalinistischen Denkens, wir hören, wie sie uns Siegermentalität vorwerfen und wie manche die Schicksale der Täter für bemitleidenswerter finden als die ihrer Opfer. Für interessanter auf jeden Fall.

Glauben Sie nicht, das sei übertrieben. Ich bin selbst im letzten Moment von einer Talk-Show eingeladen worden, dafür erschien dann ein informeller Mitarbeiter der Stasi in der Runde, der sich um den Posten eines Oberbürgermeisters bewarb – es fast auch noch geworden wäre. Und von ähnlichen Erfahrungen könnte ich Ihnen viel erzählen, wie sicher auch alle meine Gefährten, die wie ich das Glück hatten, der Mordmaschine entkommen zu sein.

Die Erfahrung des Vergessenwerdens ist eine, die wir machen, eine andere ist fast noch bitterer. Denn zwischen den Opfern des Nationalsozialismus und denen des Kommunismus gibt es Mißverständnisse, die wir nicht wollen und tief bedauern. An den Leidensstätten, die ja oft dieselben waren, wollen die Verbände der NS-Opfer kein gemeinsames Gedenken. Offenbar verwechseln sie die nach dem Krieg von

den Sowjets zu Recht eingekerkerten Schergen und Mörder der Konzentrationslager mit den vielen, vielen anderen, die als Widerständler gegen ein neues Terrorssystem verhaftet wurden. Ja, die manchmal sogar unter beiden Regimes leiden mußten. Sozialdemokraten etwa, die sich gegen die Zwangsvereinigung zur SED wehrten und deshalb zu Tausenden in die Gefängnisse und Lager wanderten.

Wir Opfer des Kommunismus bedauern diese tragischen Mißverständnisse sehr. Wir wissen sehr wohl um den Unterschied zwischen beiden Terrorherrschaften, wir



Werksausweis von Hans-Gerd Kirsche.
(Die beiden Ausweise entdeckte Inge Schüler im Nachlaß ihres Mannes.)

vergessen nicht, daß es bei den einen um eine industrielle Vernichtung ganzer Volksgruppen ging, um die Endlösung einer verbrecherischen Rassenideologie. Derweil die Stalinisten ihre Gegner mit Sklavenarbeit belegten, oft allerdings auch bis zur physischen Vernichtung. Und wie viele Seelen zeitlebens zerstört wurden, weiß niemand.

Hans-Gerd Kirsche, geb. am 21.11.1929 in Waldheim / Kreis Döbeln. Er arbeitete im Uranerzbergbau bei der Wismut AG. Gemeinsam mit seinen Arbeitskollegen Gerhard Fieker und Axel Weidenberg beschwerte er sich über die schlechte Sicherheitstechnik und über mangelnden Arbeitsschutz. Im März 1951 wurden sie in Johanngeorgenstadt verhaftet und am 16. August 1951 von einem Sowjetischen Militärtribunal verurteilt.

Axel Weidenberg, geb. am 12.7.1924 in Meißen / Sachsen, verheiratet und Vater von zwei Kindern und Gerhard Fieker, geb. am 9.3.1927 in Magdeburg, wurden wegen Spionage zum Tode durch Erschießen verurteilt. Nach Ablehnung der Gnadengesuche wurden beide Urteile am 1. November 1951 im Moskauer Butyrka-Gefängnis vollstreckt.

60 Jahre Mauerbau und Diamantene Hochzeit

60 Jahre ist es her, als die Mauer errichtet wurde. Im Gedenken an die in der DDR-Diktatur zu Tode gekommenen Opfer und die noch lebenden Angehörigen bringen wir unsere Verbundenheit zum Ausdruck. Es soll aber auch eine Mahnung und Erinnerung sein, daß auf deutschem Boden nie wieder eine Diktatur entsteht. Hierzu die Fluchtgeschichte einer Familie.

Thorvald Greif wuchs als eines von drei Kindern in der amerikanischen Besatzungszone, in die sein Vater sich nach jugoslawischer Kriegsgefangenschaft flüchtete, auf. In der Nähe von Stuttgart begann er 1955 eine Lehre als Goldschmied. Seine Mutter führte in Sachsen den Betrieb des Vaters, im selben Beruf, weiter. 1957 siedelte er zu seiner Mutter um und wurde zum DDR-Bürger. 1961 lernte er seine zukünftige Frau Brigitte kennen. Die beiden wollten die DDR noch über Berlin verlassen, aber am 13. August 1961 wurden die Mau-



Das Ehepaar Greif, 2016.

er in Berlin und die Absperrungen nach dem Westen gebaut.

In Weimar bekam er Arbeit, eine Wohnung und es wurde geheiratet. Diese Ehe schenkte drei Kindern das Leben, doch der Sohn kam durch einen tragischen Unfall mit fast drei Jahren ums Leben. Im selben Jahr brannte die

Fingerhut-Werkstatt seines Vaters im Westen ab. Die Sehnsucht, in den Westen zu gehen, wurde dadurch wieder verstärkt. Zwei Fluchtversuche scheiterten durch Verrat. Als dann 1972 ein ärztliches Attest bescheinigte, daß sein Vater todkrank sei, durfte Thorvald für fünf Tage zu ihm reisen. Seine Frau und die zwei Töchter mußten zurückbleiben.

16 Jahre waren vergangen, seit er als Jugendlicher aus Stuttgart fortgegangen war. Das Familienunternehmen seines Vaters befand sich in einem so schlechten Zustand, daß es nur eine Entscheidung geben konnte. Um den Betrieb zu retten, mußte er bleiben. Seine Frau stand seitdem unter ständiger Aufsicht der Staatssicherheit. Sie sollte sich scheiden lassen. Sie hielt zu ihrem Mann. Er beschloß, alle drei aus

der DDR herauszuholen. Wie schon beim ersten gescheiterten Fluchtversuch, wurde wieder die Ostsee in Erwägung gezogen.

Welches Boot? Die Ausrüstung, die Tragfähigkeit und die Schnelligkeit des Bootes waren entscheidend über Leben und Tod. Ein seetüchtiges Schlauchboot mit einem 50 PS starken Außenborder schien geeignet. Von Bornholm bis Usedom waren es 130 km, und das Boot verschlang einen Liter Benzin auf einen km. Ein Tank aus Sperrholz, innen mit Kunststoff ausgelegt, wurde gebaut. Metallkanister wären auf dem Radar gesehen worden. Navigation mit einem Kompaß, Seekarten, Seenotverpflegung und eine Sicherheitsplatte gegen Schüsse wurden besorgt und gebaut. Das Datum stand fest. Der 18. August 1974. Ausgerechnet eine stürmische Neumondnacht, verschieben ging nicht wegen der Nachrichtenübermittlung.

Die Fahrt von Dänemark aus zog sich endlos hin. Dann ein Blinken in der Dunkelheit. Die Fahrwassertonne N4, die er kreuzen mußte. Plötzlich tauchte rechts ein großes Schiff auf. Da ohne Licht gefahren wurde, bestand die Gefahr, überfahren zu werden, also Kurswechsel und volle Fahrt aus der Gefahrenzone. Von links näherte sich nun plötzlich die Fähre Swinemünde-Ystard. Auch hier schnell aus der Fahrinne fliehen und auf den hellsten Punkt, den Leuchtturm der Insel Oie, zu steuern. Von hier aus neu orientieren. Er war zu weit nach Westen abgedriftet. Als der Fehler bemerkt war, war es schon zu spät. Koserow, an der engsten Stelle der Insel war als Treffpunkt vereinbart. Also einen südlichen Kurs einschlagen. Es wurde bereits hell. Er fuhr in 100 m Entfernung in voller Fahrt an der Küste entlang. Es gab nur eine Möglichkeit – anlanden, um nachzusehen, wo er sich befand.

Es war ein erneutes Betreten der DDR, dessen Bürger er ja noch war. In den Dünen wurde er von zwei Soldaten mit einer MP im Anschlag festgenommen. Transport zum Armeestützpunkt der Marine in Heringsdorf. Überstellung zur Stasi nach Rostock und schließlich mit einem Barkas, mit eingebauten Käfigen, weiter nach Erfurt. Dort kam er in die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in eine Einzelzelle, später in eine Gruppenzelle mit drei anderen Häftlingen. Unzählige Verhöre folgten. Er wußte nicht, was mit seiner Frau und seinen zwei Töchtern geschehen war.

Seine Frau war unbefugterweise, sie hatte keinen Ausweis mehr, mit den zwei Töchtern und einem befreundeten Ehepaar an die Ostsee gefahren.

In Koserow angekommen, verabschiedete sich das Ehepaar, und ein anderer Freund nahm Kontakt auf. Er hatte die Gegend schon erkundet. Sie versteckten sich in den Dünen und beobachteten die See. Einmal glaubten sie, etwas gesehen zu haben, als er sich mit der Taschenlampe auf der Seekarte neu orientieren mußte. Da er aber bis in die frühen Morgenstunden nicht auftauchte, fuhren sie mit dem Frühzug zurück nach Hause.

Die Stasi hatte die Wohnung schon durchsucht. Die Kinder kamen in ein Kinderheim und die Frau wurde verhaftet und kam auch nach Erfurt in die U-Haft. Zu den schlimmsten Schikanen dort zählte die Ungewißheit über den Verbleib der Kinder. Sechs Monate lang erhielten sie keine Auskunft, wo die Kinder sich befinden. Bis Dezember wurden sie vernommen mit fieseren und abfälligen Bemerkungen und Fangfragen, um eventuell noch Hintermänner verhaften zu können. Zu Weihnachten war die Beweisaufnahme beendet und die zwei bekamen im Beisein des Vernehmers einen Sprechtermin. Was für ein Glücksgefühl. Weitere zwei Monate dauerte es bis zur Verhandlung.

Dieser Prozeß hätte auch ausfallen können, denn die Urteile standen vorher schon fest, beziehungsweise sie waren vorgegeben. Die Frau bekam 2 Jahre und 4 Monate, für ihn wurden 4 Jahre Haft verhängt, und der Freund wurde zu einem Jahr und 3 Monaten verurteilt.

Brigitte kam in das berühmte Frauengefängnis Hoheneck, Thorvald nach Cottbus in den politischen Männerknast. Während sich in Cottbus die 3-Schichtarbeit einigermaßen ertragen ließ, war die Situation in Hoheneck eine unvergleichlich andere. Da gönnte keine Frau der anderen etwas, besonders die Kriminellen und Lebenslänglichen. Im Verwahrraum gab es eine Hierarchie. Die Politischen waren ganz unten und die Kriminellen wurden von den Wärterinnen noch angestiftet, Streit und Prügel zu provozieren. Mitte November hieß es dann Sachen packen, es ging auf Transport, hoffentlich in den Westen. Zuerst nach Karl Marx Stadt, dem heutigen Chemnitz, wo in einem extra Stasi-Trakt die Häftlinge wieder aufgepöppelt wur-

den. Dort war das Essen genießbar. Unter den Häftlingen hieß dieser Knast auch Vogelnest, weil Rechtsanwalt Dr. Vogel den Verkauf der Häftlinge organisierte.

Über das hauseigene „Telefon“, den „Bello“, also die sauber gemachten Kloschüsseln, erfuhr er, daß seine Frau schon eine Woche früher hier und bereits auf Transport in den Westen war. Der Freund benachrichtigte Thorvalds Vater, und dieser holte Brigitte in Stuttgart am Bahnhof ab. Eine Woche später wurde ihr Mann eingekleidet, weil er bei der Festnahme nur einen Neoprenanzug anhatte. Noch einmal wurde er gefragt, ob er denn wirklich in den Westen wolle. Dann Einstieg in den Bus und Fahrt auf der A 4 Richtung Herleshausen. Vor ihnen und hinter ihnen je ein PKW.

Rechtanwalt Vogel mahnte am Schluß noch, nichts Dummes zu machen. Auf einem dunklen Parkplatz mußten alle in einen westdeutschen Bus umsteigen. Die Posten an der Grenze hielten sie gar nicht an, sie schauten nur auf ihre Armband-

uhren. Im Aufnahmelager Gießen wurden alle Formalitäten erledigt und ab nach Süddeutschland zur Frau und seinem Vater. Es gab sehr viel zu erzählen.

Beruflicher Neuanfang und gleichzeitig das Ziel verfolgen, die Kinder zurückzubekommen. Im März 1976 durfte die Oma die Kinder bringen. Er sah sie nach fast drei Jahren und seine Frau nach einem Jahr und acht Monaten endlich wieder. Die Kinder waren sehr verschüchtert, aber die Integration der Töchter verlief leichter, als bei ihm selbst. Er übernahm die Werkstatt seines Vaters und legte 1977 seine Meisterprüfung ab.

Nach Ärger mit dem Vermieter und einer nicht zu erfüllenden Auflage für die Baugenehmigung entschlossen sie sich, eine alte verfallene Mühle, noch mit Wasserrecht, zu kaufen. Heute steht die Mühle stolz gegenüber der weltberühmten Herrgottskirche in Creglingen, die Wasserturbine liefert nach 60 Jahren Dornröschenschlaf Strom, und die Familie Greif

leitet das Fingerhutmuseum. Es war ein Mammutwerk, das von allen abverlangt wurde. Trotz der vielen Schwierigkeiten sind sie eine Familie, die zusammenhält. Eine Tochter spricht bis heute nicht über das Kinderheim. Das Thema Trennung ist ein Tabuthema.

Am 2. September 2021 war es ebenfalls 60 Jahre her, daß sich Brigitte und Thorvald Greif das Ja-Wort gaben. Sie sind durch Höhen und durch die Hölle gegangen, ihre Liebe zueinander haben sie nie verloren. In schlimmsten Zeiten haben sie fest aneinander geglaubt.

So besonders und selten wie der Diamant auf dieser Erde, ist auch Eure Beziehung. Auf 60 gemeinsame Jahre könnt Ihr zurückblicken und wir, die Euch ein größeres oder auch ein etwas kleineres Stück auf Eurem gemeinsamen Weg begleiten durften, wünschen Euch von Herzen das Allerbeste! Ihr seid der Beweis, daß alte Liebe nicht rostet.

Elke Schlegel

Dokumentiert

„Laßt euch nicht zu Lumpen machen“

Rede des UOKG-Vorsitzenden auf der zentralen Gedenkfeier zum 60. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer in der Mauergedenkstätte Bernauer Straße

Herr Bundespräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger,

in den Tagen nach dem Bau der Berliner Mauer hielt der damals Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, eine flammende Rede, einen flammenden Appell im Angesicht des Baus der Mauer, an die Machthaber in der Zone, wie man damals sprach, und insbesondere an die Angehörigen der bewaffneten Kräfte. Und er führte aus, ich zitiere, „Laßt euch nicht zu Lumpen machen“, und er sagte weiter, „und vor allem, vor allem, schießt nicht auf eure Landsleute“.

Wir wissen, daß dieser Ruf nicht erhört wurde. Darum stehen wir heute hier, am 60. Jahrestag des Mauerbaus wie auch an jedem 13. August nach dem Fall der Mauer hier stehen, um derer zu gedenken, die ihren Wunsch nach Freiheit mit dem Leben bezahlt haben.

Wenn ich auf die Bilder schaue, die Portraits der Getöteten, dann ist mir so, als

wollten diese Menschen mir etwas sagen oder etwas fragen – Warum? Warum durfte ich nicht leben? Nun kennen wir die Antwort, aber wir haben doch alle vermutet, daß vielleicht auch die Machthaber der SED menschliches Mitgefühl haben könnten. Aber es war offensichtlich zu wenig.

Mir liegt am Herzen, auch zu erinnern, daß haben auch der Bundespräsident, der Regierende Bürgermeister gemacht, auch zu erinnern an diejenigen, die versucht haben, in der DDR ihr Leben zu gestalten, die entscheiden mußten – Bleiben oder Gehen? Und bei denen, die sich entscheiden haben zu gehen, dürfen wir nicht vergessen, daß diese Menschen große innere Kämpfe mit sich ausgetragen haben. Soll ich mich verabschieden, soll ich andere einweihen, soll ich gehen oder bleiben? Und die, um die wir heute trauern, aber auch um die, die gescheitert sind und in Haft waren, und an die denken wir heute.

Und als Frau Werwigk-Schneider vorhin sagte, in diesem Land möchte ich nicht

begraben sein, erinnerte ich mich an meine Jugend. Mit 14 Jahren, wenn junge Menschen ihren Weg im Leben suchen, ihre Perspektiven, habe ich mir die Frage gestellt: Jetzt bist du hier geboren, und irgendwann mußt du hier sterben, wenn das auch noch in weiter Ferne ist. Wer darf das eigentlich bestimmen, außer dir selbst und dem lieben Gott? Der Weg war für mich und für andere vorgezeichnet. Ich und fünf meiner älteren Geschwister sind nacheinander in Haft gekommen, aber wir sind irgendwann doch in die Freiheit gelangt.

Und von daher ist es nicht das eigene Schicksal, das mich betrübt, sondern ich möchte an fünf Schicksale erinnern, die ich während meiner Haftzeit in der Zelle habe zur Kenntnis nehmen müssen, und ich könnte diese Aufzählung fortführen, dafür ist heute nicht die Zeit und nicht der Ort.

Ich denke an einen Mithäftling aus Dresden, dem sein Vater gedroht hatte, wenn du in den Westen gehst, dann schieße ich dir eine Kugel in den Kopf.

An den Mithäftling, der an der Grenze in eine Selbstschußanlage geraten war, und völlig entstellt mit drei Jahren Haft in unsere Zelle kam. Er wußte, daß er keine Chance hatte, in den Westen freigekauft zu werden, da es die Selbstschußanlagen ja offiziell nicht gab. In der Toilette zerkleinerte er ein Glas und verschluckte die Scherben,





Kranz der UOKG an der Mauergedenkstätte in der Bernauer Straße.

weil er lieber innerlich verbluten wollte, als in der DDR weiter leben zu müssen.


An den Arzt, der sich vor der Flucht mit Frau und Kindern vom Schwiegervater verabschiedete, der jedoch die Familie verriet.

An den Spitzenfabrikanten in meiner Zelle, der durch Flucht der Zwangsverstaatlichung entgehen wollte, der dort an einem Magendurchbruch verblutete, weil es nachts keine Hilfe gab.

An den Mithäftling, der mit einer Gruppe von jungen Männern und Frauen über die innerdeutsche Grenze flüchten wollte. Ein 16jähriger Jugendlicher, der mit in der

Gruppe war, trat auf eine Mine und starb. Die anderen wurden nicht nur wegen versuchtem, gewaltsamem Grenzdurchbruch, sondern auch wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. So einfach war die Schuldfrage für die SED.

Meine Damen und Herren, einen letzten Gedanken lassen Sie mich äußern an die Angehörigen der an Mauer und Stacheldraht Getöteten. Seien Sie versichert, daß der Verlust Ihrer Angehörigen uns alle trifft. Diese lieben Menschen fehlen nicht nur Ihnen, sie fehlen uns allen.

Ich darf jetzt um eine Minute des stillen Gedenkens bitten. 

Roggenernte an der Kapelle der Versöhnung

(sbm) Am 21. Juli wurde das Roggenfeld an der Kapelle der Versöhnung auf dem Gelände der Gedenkstätte Berliner Mauer abgeerntet. Das rund 2000 m² große Getreidefeld im ehemaligen Grenzstreifen ist ein wesentliches Element der Gedenkstätte an der Bernauer Straße: Es steht als symbolkräftiges Zeichen für das Leben und damit für die Überwindung von Angst und Gewalt an diesem historischen Ort. Roggenfeld und Roggenernte sind ein Gemeinschaftsprojekt der Stiftung Berliner Mauer, der Evangelischen Kirchengemeinde Versöhnung und mehrerer Kooperationspartner.

Die Betreuung des Roggenfeldes, das 2005 als Kunstaktion von dem Bildhauer und Steinmetz Michael Sprengler ins Le-

ben gerufen wurde, liegt seit 2006 in den Händen der Lebenswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität – Albrecht Daniel Thaer-Institut für Agrar- und Gartenbauwissenschaften (www.agrar.hu-berlin.de), welche die Pflege, Ernte und Aussaat übernimmt und sich mit verschiedenen Forschungsprojekten für das Roggenfeld engagiert.

Nach der Ernte wird das Korngut für verschiedene Projekte eingesetzt. Unter anderem werden daraus Brot und Oblaten gebacken, die an Besucher und Besucherinnen der Kapelle der Versöhnung ausgegeben werden. Kleine Säckchen mit jeweils ca. 300 Gramm Korn – für eine Mahlzeit oder zur Aussaat – sind gegen eine Spende an der Kapelle erhältlich und

reisen von hier aus in die ganze Welt. Ein Teil der Ernte wird im Rahmen des Projekts Friedensbrot (www.friedensbrot.eu) alljährlich mit Getreide aus elf Ländern Mittel- und Südosteuropas, welches aus Roggensaatzgut von der Bernauer Straße gewachsen ist, gemischt, gemahlen und zu einem pan-europäischen „Friedensbrot“ verbacken.

Bereits im Frühjahr 1990 säten einige Ostberliner und Ostberlinerinnen auf dem Stück Mauerstreifen an der Bernauer Straße Lupinen aus. Später übernahmen Mitglieder der Versöhnungsgemeinde die Aussaat als Teil ihrer Gemeindegemeinschaft – im einstigen Todesstreifen sollte wieder etwas wachsen. 2011 konnte das Roggenfeld in die Ausgestaltung des Gedenkstättenareals einbezogen werden. Mittlerweile wird hier seit 15 Jahren Getreide gesät, geerntet und nachhaltig verarbeitet. 

Deutsche haben kaum Wissen über DDR

(dtmlu) Der Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, Klaus Schroeder, konstatierte 60 Jahre nach dem Mauerbau und drei Jahrzehnte nach der deutschen Einheit bei den Deutschen ein sehr geringes Wissen über die DDR. Dies gelte für die Bevölkerung insgesamt, insbesondere aber auch für die junge Generation. Im Gespräch mit der Zeitung Tagespost meinte der Politikwissenschaftler: „Je mehr man nach Westen kommt, um so geringer sind die Kenntnisse.“

Viel Gesinnung, wenig Wissen

In linksliberalen Kreisen wird die Familienpolitik der DDR für fortschrittlich gehalten. In Wirklichkeit brachte diese viel

Leid mit sich – vor allem für Frauen und Kinder. Zudem stellte Schroeder fest, daß die Auseinandersetzung mit dem SED-Staat keinen festen Platz im historischen Gedächtnis der Deutschen habe. „Die Menschen interessieren sich nicht für die DDR.“ Statt dessen würden sie sich sagen: „Nordrhein-Westfalen etwa ist doch viel größer als die DDR. Warum soll ich mich damit beschäftigen?“

Schroeder, der auch zahlreiche Bücher zur DDR verfaßt hat, ist der Ansicht, daß auch das Wissen über das NS-Regime bei jungen Bürgern „eher oberflächlich“ sei. Im Schulunterricht werde das Thema zwar intensiv behandelt. „Aber wirkliche Kenntnisse erwerben die Schüler nicht.“

Generell schein bei vielen jungen Leuten heute die Devise zu gelten: Viel Gesinnung, wenig Wissen. „Die quatschen einfach eben schnell etwas nach“, so Schroeder.

Auf die Frage, warum die DDR heute ein vergleichsweise gutes Image habe, obwohl sie eine Diktatur war, antwortet Schroeder: „Das hängt damit zusammen, daß man gemeinhin denkt, in der DDR habe ein hohes Maß an Egalität geherrscht.“ Oft werde die Frage gestellt: „Haben Frauen und Männer in der DDR das Gleiche verdient, bekamen Frauen gar fünf Prozent mehr Lohn oder wurden sie 16 Prozent schlechter bezahlt?“ Die meisten würden sagen, daß der Lohn gleich gewesen sei. Tatsächlich hätten Frauen aber 16 Prozent weniger verdient. 

„Würden Sie mir ein paar nahtlose Strümpfe über die Mauer werfen?“

Chronik der Mauer präsentiert Kassiber von DDR-Grenzposten

Zum 60. Jahrestag des Mauerbaus zeigt die Website www.chronik-der-mauer.de seltene Kassiber, die über die Berliner Mauer geworfen wurden. Diese kleinen Papierzettel enthielten handschriftliche Bestellungen von Zigaretten und Damenstrümpfen, aber auch politische Witze. Sie wurden heimlich von DDR-Grenzpolizisten geschrieben und von Menschen aus West-Berlin beantwortet. Die Kassiber sind seltene Zeugnisse der deutschen Teilung und zeigen, wie Menschen aus Ost und West der Teilung trotzten und versuchten, in Verbindung zu bleiben.


Für die DDR-Grenzpolizisten herrschte eigentlich ein striktes Kontaktverbot. Wären sie bei ihrem Warenaustausch erwischt worden, hätten ihnen empfindliche Strafen gedroht. Trotzdem nahmen sie das Risiko in Kauf und warfen die kleinen Kassiber über die Mauer, um begehrte Westwaren zu erhalten, die es im Osten nur schlecht oder in schlechter Qualität gab. Um nicht aufzufliegen, blieben die Grenzer stets anonym. Ein West-Berliner Anwohner aus der Bernauer Straße hat acht Kassiber gesammelt und aufbewahrt. Seine Tochter hat sie nach

seinem Tod der Stiftung Berliner Mauer übergeben.

Die Stiftung Berliner Mauer ist seit 2021 Kooperationspartner des Bildungsportals www.chronik-der-mauer.de. Sammlungsleiter Dr. Manfred Wichmann von der Stiftung Berliner Mauer ist froh, daß die Stiftung Berliner Mauer nun Partner des Portals ist: „Unser Prinzip lautet: Wir sammeln, um zu zeigen. In den letzten Jahren haben wir zahlreiche historische Zeugnisse und einmalige Originalobjekte zusammengetragen. Viele davon sind private Schenkungen und vermitteln heute unbekannt Details der Teilung. Diese neuen Perspektiven wollen wir über das Internet allen zugänglich machen und die außergewöhnlichen Geschichten hinter den Sammlungsstücken erzählen.“

Die Website vermittelt fundierte historische Kenntnisse über die Berliner Mauer und trägt dazu bei, die Erinnerung an die deutsche Teilung wach zu halten. Auf leicht zugängliche Weise sollen insbesondere Fragen der jüngeren Generationen beantwortet werden, die keine persönlichen Erinnerungen an die Zeit der deutschen Teilung haben. 2022 wird auf

www.chronik-der-mauer.de eine Online-Ausstellung zur Geschichte des Checkpoint Charlie zu sehen sein. Die Ausstellung wird gemeinsam mit Studierenden des Masterstudiengangs Public History an der Freien Universität Berlin erarbeitet. Projektleiter Dr. Hanno Hochmuth vom ZZF Potsdam erläutert: „Wir möchten die Geschichte der deutschen Teilung und des Kalten Krieges aus neuen Perspektiven erzählen. Deshalb sind wir sehr froh, daß wir für die Website Chronik der Mauer auf die Sammlung der Stiftung Berliner Mauer zugreifen können.“

Das Portal wurde vor 20 Jahren vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, der Bundeszentrale für politische Bildung und vom Deutschlandradio ins Leben gerufen. Mit rund 350 000 Aufrufen pro Jahr zählt die zweisprachige Website zu den wichtigsten Online-Angeboten zur Geschichte der Berliner Mauer und der deutschen Teilung im Internet. Kernelement der Website sind die Biographien der mindestens 140 Todesopfer an der Berliner Mauer, die in einem gemeinsamen Forschungsprojekt des ZZF Potsdam und der Stiftung Berliner Mauer ermittelt wurden. 

Die Berliner Mauer immer vor Augen

Kunstwerke von Gino Kuhn – Noch zu sehen bis zum 30. September 2021

Unweit der Mauer bezog Gino Kuhn 1975 in West-Berlin eine Wohnung. „Die Berliner Mauer immer vor Augen“, weckte in ihm den Wunsch, an der Überwindung der deutschen Teilung mitzuwirken. So entschloß er sich, als Kurier DDR-Bürgern und -Bürgerinnen zur Flucht in den Westen zu verhelfen. Bereits bei seinem ersten Versuch wurde der damals Zwanzigjährige verhaftet.


Über zweieinhalb Jahre verbrachte er in verschiedenen DDR-Gefängnissen, unter anderem in der Untersuchungshaftanstalt in Hohenschönhausen, bevor ihn die Bundesrepublik freikaufte. In Haft entschied sich Gino Kuhn, sein Leid in Bildern auszudrücken. Mit seinen Werken und seinem persönlichen Engagement hält Gino Kuhn noch heute die Erinnerung an die Opfer

aufrecht und leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung des SED-Unrechts.

Die Ausstellung wird an zwei Standorten gezeigt:

Kapelle der Versöhnung, Bernauer Str. 4, 10115 Berlin, und

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 10357 Berlin

Im Wandelgang der Kapelle der Versöhnung, dem Erinnerungsort an der alten Grenze, werden Reproduktionen von Gino Kuhns Gemälden gezeigt. Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zeigt Originalwerke an dem Ort, an dem der Künstler selbst einige Monate inhaftiert war. 



Die Berliner Mauer immer vor Augen
17.08. - 30.09.2021

Ausstellung mit Kunstwerken von Gino Kuhn #60JahreMauerbau

Kapelle der Versöhnung | Bernauer Straße 4 | www.gemeinde-versoehnung.de
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen | Genslerstraße 66 | www.stiftung-hsh.de

Erinnerungsarbeit im Blick behalten

Großer Bahnhof bei der Wiedereröffnung der sanierten Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Stasi-U-Haft am 2. Juli 2021 in Rostock. Die Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns, Manuela Schwesig (SPD), die Bildungs-

Bereits einige Tage zuvor berichteten die regionalen Medien über den Termin. Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) kritisierte, daß die Ministerpräsidentin des Landes die Rede zur Wiedereröffnung halten wird. Zur Erinne-

Zu Beginn der Veranstaltung am 2. Juli nahm sich die Ministerpräsidentin viel Zeit für die eingeladenen Opfer-Vertreter. Sie zog sich für ein längeres Gespräch mit diesen in einen separaten Raum zurück.



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

ministerin des Bundeslandes, Bettina Martin, die frisch ernannte Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur Evelyn Zupke, die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Anne Drescher und der CDU-Bundestagsabgeordnete Eckhardt Rehberg gaben der Veranstaltung einen prominenten Rahmen.

2019 hatten Schwesig und Bodo Ramelow eine Diskussion ausgelöst, nachdem sie sich gegen die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat gewandt hatten. Schwesig argumentierte damals, die DDR sei eine Diktatur gewesen, der Begriff Unrechtsstaat würde aber von vielen, die in der DDR gelebt hätten, als Herabsetzung empfunden. Er würde so wirken, als sei das ganze Leben Unrecht gewesen. Man bräuchte aber mehr Respekt vor ostdeutschen Lebensleistungen.

Der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung (LpB), Dr. Jochen Schmidt, sagte in seiner Rede: „Mit Motivation, Demut und Respekt gehen wir an die Arbeit.“ Die Außenstelle des BStU in Waldeck-Dummerstorf habe den historischen Ort zu einer anerkannten Gedenkstätte entwickelt. Er sicherte eine enge Zusammenarbeit der LpB, die neuer Träger der Gedenkstätte ist, mit dem Stasi-Unterlagenarchiv, dem Nachfolger des BStU, bei Ausstellungen und Veranstaltungen zu. Man trete mit der Rostocker Gedenkstätte ein in einen Verbund mit den Gedenkstätten in den ehemaligen Stasi-U-Haftanstalten in Neustrelitz und Schwerin.

Manuela Schwesig begann ihre Rede mit der Schilderung ihres Eindrucks über den historischen Ort. Sie empfinde die Atmosphäre im ehemaligen Gefängnisstrakt als bedrückend. „Eingesperrte sollten mit Drohungen zu Aussagen gezwungen werden, wurden oft monatelang festgehalten und das nur, weil sie eine andere Meinung hatten. Den Opfern ist schweres Unrecht widerfahren, sie verdienen unsere Unterstützung“, sagte sie. Viele Inhaftierte hätten bis heute mit ihrer Erinnerung zu kämpfen. „Das, was hier geschehen ist, darf sich niemals wiederholen. Erinnerungen für Nachfolgende wachzuhalten ist unsere gemeinsame Aufgabe. Das Land Mecklenburg-Vorpommern stand zu dieser Aufgabe und wird immer dazu stehen“, so Schwesig weiter. Die Gedenkstätte sei ein wichtiger Ort für Schüler, Studierende und für Gäste aus ganz Deutschland. Sie mahnte das Bildungsministerium und die Landeszentrale für politische Bildung, die „wichtige Aufgabe“ der Erinnerungsarbeit im Blick zu behalten, damit diese nicht „in den Schatten gerate“.

Der Bundestagsabgeordnete der CDU Eckhardt Rehberg betonte zu Beginn seiner Rede die Freiheit des Wortes, politische Freiheit, freie Wahlen, unabhängige Richter, Reisefreiheit in „31 Jahren Freiheit, 30 Jahren Wiedervereinigung und Wiederaufbau ... weil es wichtig ist, die Vergangenheit nicht zu verharm-

*Geld: der beste Köder,
um nach Menschen zu fischen.*

Thomas Fuller

Oder nach einer guten Zeitschrift.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Dr. Fred Mrotzek, Landesvorsitzender der VOS in MV, äußerte u. a. gegenüber der Schweriner Volkszeitung (SVZ), daß er Schwesig als Rednerin „für sehr, sehr unpassend“ halte, „weil sie das unzweifelhaft bestehende Unrechtsregime in der DDR in Frage stellt“. Die SVZ faßte Mrotzeks Position weiter zusammen: „Der Tag der Eröffnung der Gedenkstätte sei der Tag der 5000 politischen Häftlinge, die dort eingesperrt gewesen seien. Schon Schwesigs Amtsvorgänger Ringstorff und SELLERING hätten mit der Debatte um die DDR auf der Suche nach einem Koalitionspartner die extremistische Positionen vertretende Linke salonfähig gemacht.“ Aus Protest gegen den Auftritt Schwesigs blieb Mrotzek der Wiedereröffnung der Gedenkstätte fern.



(v.l.) Der Leiter der LpB Dr. Jochen Schmidt, Manuela Schwesig und die Opfervertreterin May-Britt Krüger.

losen“. „Hier an diesem Ort wird dokumentiert, was Diktatur mit Menschen macht, die unangepaßt, andersdenkend sind“, sagte Rehberg. Er bezeichnete die ehemalige U-Haftanstalt der Stasi als „Zwingsburg für den Bezirk Rostock“ und die DDR als „Unrechtsregime oder Unrechtsstaat“. Das Unrecht sei „systemimmanent“ gewesen. „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit“, sie seien in weiten Teilen der Welt nicht vorhanden, so Rehberg. Genau deshalb sei die Rostocker Dokumentations- und Gedenkstätte (DuG) zu erhalten und weiter auszubauen. Die DuG sei authentisch, auch bedrückend authentisch und das sei gut so.

Im Anschluß kamen auch die anwesenden früheren Inhaftierten in kurzen Interviews mit der neuen Gedenkstättenleiterin Dr. Steffi Brüning zu Wort. May-Britt Krüger, die noch 1989 zweieinhalb Monate in der Stasi-U-Haft-Anstalt inhaftiert war, sagte, ihr Stasi-Vernehmer hätte ihr damals verboten, über die Haftanstalt zu sprechen. Mitarbeiter der BStU-Außenstelle Waldeck-Dummerstorf hätten sie ermutigt, ihr Schweigen zu brechen. Wichtig findet sie, daß Geschichte und Geschichten der Opfer erhalten bleiben an diesem historischen Ort. Jürgen Eggert war kurz nach dem Mauerbau fast ein Jahr lang in der Rostocker U-Haftanstalt eingesperrt. Er berichtete von seiner Angst vor den Wärtern und Vernehmern, aber auch davon, wie sich diese Angst in Widerstand wandelte. Er wurde nach seiner Entlassung nach einem Fluchtversuch erneut verhaftet und später vom Westen freigekauft.

gesamt sehr gelungenen Veranstaltung noch einmal im späteren Verlauf des Tages, als ein Interview des NDR mit der Ministerpräsidentin ausgestrahlt wurde. Diese sprach zunächst erneut davon, daß die DDR eine Diktatur war, in der es „staatliches Unrecht“ gegeben habe, z.B. im Rostocker Stasi-Untersuchungsgefängnis. Deshalb habe man als Land auch dieses Untersuchungsgefängnis umfangreich saniert, um es als Erinnerungs- und Bildungsstätte „für dieses staatliche Unrecht“ zu erhalten. „Gleichzeitig kann man nicht sagen, daß alles und alle in der DDR Unrecht waren“, so Schwesig in dem Interview.

Sie reagierte damit öffentlich auf die von den Opfervertretern geäußerte Kritik, wiederholte aber prinzipiell ihre 2019 geäußerten Positionen. Die DDR möchte sie

weiterhin nicht als Unrechtsstaat bezeichnen. Ob dies bereits erneut dem Schielen nach potentiellen Koalitionspartnern – im Herbst finden zeitgleich mit den Bundestagswahlen Landtagswahlen in MV statt – geschuldet ist oder wohl eher ihrer politischen Überzeugung entspricht: Enttäuschend sind ihre Äußerungen sicherlich nicht nur für die ehemals Inhaftierten von Rostock. Historisch falsch sind sie außerdem. Die Gründe dafür hat zumindest der CDU-Bundestagsabgeordnete Rehberg in seiner Rede dankenswerterweise klar benannt.

Jörg Plath

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Westfalen-Blatt ...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.



Evelyn Zupke im Interview mit einer Reporterin des NDR.

Interessant wurde es dann nach der ins-

Gedenkveranstaltung „70 Jahre Frauenzuchthaus Hoheneck“

24. bis 26. September 2021 in Stollberg

Programm am Freitag, dem 24. September 2021

17.00 Uhr:

Anreise und Anmeldung im Biendo Hotel Chemnitz, Straße der Nationen 12, info@biendo-hotel.de, Tel. (0371) 433 192 0

19.00 Uhr:

Abendessen im Hotelrestaurant, Organisatorisches zum Sonnabend und Sonntag

Programm am Sonnabend, dem 25. September 2021

09.00 Uhr:

Abfahrt mit dem Bus zum Veranstaltungsort Hoheneck „Phänomenia“, An der Stalburg 6 – 09366 Stollberg, Treffpunkt vor dem Hotel

09.30 Uhr:

Ankunft Stollberg/Hoheneck, auf dem Parkplatz vor dem ehemaligen Frauenzuchthaus Hoheneck, kurzer Weg zum Veranstaltungssaal „Phänomenia“, früherer Speisesaal des Zuchthauses

10.00 Uhr:

Beginn der Veranstaltung in der „Phänomenia“

Begrüßung und Grußworte mit einem musikalischen Auftakt

- Marcel Schmidt, Oberbürgermeister von Stollberg

- Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

- Konstanze Helber, Forum für ehemalige politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur e.V.

- Prof. Stefan Appelius, Interimsbüro Hoheneck

- Dr. Marcus Pieper, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

- Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft

11.00 Uhr:

Einführungsvortrag zum Frauenzuchthaus Hoheneck von Dr. Nancy Aris, Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

11.30 Uhr:

Podiumsdiskussion Frauen in politischer Haft in Hoheneck
Moderation: Dr. Nancy Aris, mit Annemarie Krause, Zeitzeugin, inhaftiert 1948 in Chemnitz und von 1950 bis 1954 im Frauenzuchthaus Hoheneck; Birgit Schlicke, Zeitzeugin, inhaftiert von 1988 bis zum Mauerfall im Frauenzuchthaus Hoheneck

13.00 Uhr:

Pause und Imbiß vor Ort in der „Phänomenia“

14.00 Uhr:

Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums „Carl von Bach“, Stollberg im Gespräch zum Thema Frauen in politischer Haft im Frauenzuchthaus Hoheneck
Moderation: Lehrerin Frau Enold

15.45 Uhr:

Kaffeepause

16.00 Uhr bis 17.00 Uhr:

Führung durch das ehemalige Zuchthaus, Anmeldung erforderlich!

17.30 Uhr:

Kranzniederlegung am Gedenkstein vor dem ehemaligen Frauenzuchthaus

18.30 Uhr:

Rückfahrt zum Hotel nach Chemnitz, Treffpunkt Auto- und Busparkplatz

19.00 Uhr:

Abendessen

Programm am Sonntag, dem 26. September 2021

09.00 Uhr:

Abfahrt nach Hoheneck zum Bürgertalk
Treffpunkt: Hotelparkplatz – Sammeltaxi/eigener PKW oder individuelle Abreise

10.00 Uhr:


Bürgertalk mit Infostand im Hof des ehemaligen Frauenzuchthauses

11.00 Uhr:

Führung durch das ehemalige Frauenzuchthaus
Anmeldung erforderlich!

12.30 Uhr:

Ende der Veranstaltung
Rückfahrt individuell

Ansprechpartner sind vor Ort Konstanze Helber und Carla Ottmann oder per Mail info@verfolgteddrfrauen.de 

Suchanzeige

Zeitzeugen gesucht

Zeitzeugen für Youtube-Film gesucht! Ich suche Menschen, die politische Gewalt (SED bzw. kommunistisch) ertragen mußten. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihre Geschichte erzählen. Der Film soll auf Youtube veröffentlicht werden und Lehrern für den Unterricht zur Verfügung gestellt werden.

Kontakt:

Uwe.Bergmeier@seminar-mannheim.de

Uwe Bergmeier

Danke

Liebe Leserinnen und Leser,

ich möchte mich bei all den lieben Menschen recht herzlich bedanken, die mich im vergangenen Jahr mit ihren Spenden nach dem Aufruf in dieser Zeitschrift so tatkräftig unterstützt haben. Es hat mir sehr geholfen und ich bin Euch sehr dankbar dafür.

Ich wünsche Euch allen viel Gesundheit und viel Glück und verbleibe mit lieben Grüßen

Falko Vogt

Sieben Millionen Euro für historisch-politische Jugendbildung

Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters hat auf Beschluß des Deutschen Bundestages im Förderprogramm „Jugend erinnert“ sieben Millionen Euro für Projekte zur Verfügung gestellt, in denen sich junge Menschen mit der Geschichte und den Folgen des SED-Unrechts auseinandersetzen. Das Programm zielt darauf ab, das Verständnis für die Funktionsweise der kommunistischen Diktatur im Osten Deutschlands zu befördern. Damit soll auch das Demokratiebewußtsein von jungen Leuten zwischen 12 und 27 Jahren und das Wissen um die Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie gestärkt werden.

Bis Ende 2023 werden 44 Vorhaben aus 11 Bundesländern gefördert, die das Leben und den Alltag in der kommunistischen Diktatur, die Realität der deutschen


Teilung, jugendliche Subkulturen in der DDR und weitere Themen über altersgerechte Vermittlungsformate erfahrbar machen. Entwickelt werden Online Games, virtuelle bzw. audiovisuelle Rundgänge, digitale Ausstellungen, Podcasts, Apps, Filme und vieles mehr. Vielen Projekten gemeinsam ist, daß sich die jungen Leute mit ihren Vorstellungen und Gestaltungsideen selbst einbringen können.

„Die Förderentscheidung bestätigt die hohe gesellschaftliche Relevanz der Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht, auch gut 30 Jahre nach der Wiedervereinigung“, erklärte die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Anna Kaminsky. „Ich freue mich, daß mit ‚Jugend erinnert‘ Projekte gefördert werden, die ebenso kreativ wie kritisch das Wissen und die Erinnerung an

die kommunistische Herrschaft und die Zeit der deutschen Teilung wachhalten.“

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur koordiniert im Auftrag der Kulturstaatsministerin die Förderlinie SED-Unrecht des Bundesprogramms. 89 Anträge auf Projektförderung sind insgesamt eingegangen. Eine unabhängige Jury aus Vertreterinnen und Vertretern von Opferverbänden, aus politischer Bildung und Wissenschaft sowie von Jugendorganisationen hat über die Anträge beraten und Empfehlungen zur Förderung abgegeben.

Eine Liste der geförderten Projekte kann unter www.jugenderinnert.de abgerufen werden.


Detaillierte Informationen zur Projektförderung im Bundesprogramm „Jugend erinnert“ (Förderlinie SED-Unrecht) gibt Dr. Christine Schoenmakers unter c.schoenmakers@bundesstiftung-aufarbeitung.de oder telefonisch unter (030) 31 98 95 – 332. 

Fünfter Vorstand der Bundesstiftung Aufarbeitung hat sich konstituiert

Der fünfte Vorstand der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat am 8. Juli seine Arbeit aufgenommen. Rainer Eppelmann ist als Vorsitzender des Vorstandes bestätigt worden. Sein Stellvertreter ist der Kölner Zeithistoriker Prof. Dr. Ralph Jessen. Weiterhin sind die ehemalige Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und die Geschichtsdiktatorin Prof. Dr. Waltraud Schreiber Mitglieder des Leitungsgremiums. Als neues Mitglied wurde Dr. Anna Kaminsky, die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung vom Stiftungsrat in den Vorstand gewählt. Gerd Poppe, der der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages

zur Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und ihren Folgen angehörte und die Bundesstiftung seit ihrer Gründung 1998 als Mitglied des Vorstandes begleitet und maßgeblich geprägt hat, ist aus dem Vorstand ausgeschieden.

Rainer Eppelmann würdigte die Verdienste seines langjährigen Vorstandskollegen Gerd Poppe und sein jahrzehntelanges Engagement für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht nur in Deutschland. Trotz persönlicher Nachteile und massiver Einschüchterungsversuche durch die DDR-Staatssicherheit stand Poppe seit den späten 1960er-

Jahren in Opposition zur SED-Diktatur. Für die von ihm mitgegründete „Initiative Frieden und Menschenrechte“ saß er ab 1989 am Zentralen Runden Tisch und war von Februar bis April 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung der DDR. Als langjähriger Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen besetzte Gerd Poppe von 1990 bis 1998 vor allem außenpolitische Themen. Von 1998 bis 2003 war er Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe. Im November 1998 wurde er Mitglied des Vorstandes der gerade gegründeten Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. 

90. Geburtstag des Sowjet-Opfers Johanna Schröder

Am 2. August 2021 beging Johanna Schröder geb. Dietrich in Coswig (Kreis Meißen) ihren 90. Ehrentag. Diese damals in Priestewitz (Kreis Großenhain) wohnende Frau wurde im Februar 1952 wegen angeblicher Spionage mit 21 Jahren vom MfS verhaftet und an die Sowjets übergeben. Das SMT verurteilte sie zu 12 Jahren Lagerhaft im Lagerkomplex Workuta am Polarkreis. Entlassen wurde sie wie alle deutschen Häftlinge im Oktober 1955 durch den Einsatz von Bun-

deskanzler Adenauer. Im Oktober 1991 erfolgte die Rehabilitierung durch die russischen Behörden. Frau Schröder ist damit eine der wenigen noch lebenden Frauen dieses mörderischen Arbeitsklavenlagers mit Bedingungen im Winter bis zu -60°C .

Die Gratulation erfolgte durch die Initiativegruppe (IG) Mahnmal Großenhain, welche seit 15 Jahren die Opfer der drei Diktaturen des 20. Jahrhunderts im Alt-Kirchenbezirk Großenhain erforscht und

bereits 2800 Opfer der politischen Gewaltherrschaft in fünf Kategorien erfaßt hat.

Jedes dieser Opfer hat eine Seite mit kurzem Werdegang seiner Leidenszeit in den Gedenkbüchern auf dem Mahnmal im „Raum des Gedenkens“ in der Marienkirche Großenhain.

Karl-Heinz Rutsch
IG Mahnmal Großenhain

Arno Esch vor 70 Jahren hingerichtet

Gedenken am Ort seiner Inhaftierung und Verurteilung in Schwerin

(lbmv) An den vor 70 Jahren in Moskau erschossenen Studenten Arno Esch wurde am 23. Juli 2021 am Demmlerplatz in Schwerin mit einer Kranzniederlegung erinnert. Die Landesbeauftragte für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Anne Drescher und der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Jochen Schmidt würdigten Arno Esch als Kämpfer für Demokratie und Freiheit. Die anschließende Besichtigung der Orte der Verurteilung von Arno Esch im heutigen Landgericht und seiner Inhaftierung im Hafttrakt im Dokumentationszentrum war aufgrund von Zugangsbeschränkungen nur für angemeldete Gäste möglich.


Eine Biographie zu Arno Esch von Dr. Natalja Jeske in der Schriftenreihe der Landesbeauftragten wird im Herbst veröffentlicht. Die Buchvorstellung ist für den

5. Oktober 2021 in Schwerin geplant. Die Publikation wurde aus Mitteln des Strategiefonds des Landes gefördert.

Die Landesbeauftragte Anne Drescher sagte: „Das Schicksal von Arno Esch reicht weit über seine Person hinaus. Es ist ein Sinnbild dafür, daß eine Gesellschaft, die keine freie Rede zuläßt, die Angst vor ihren Gegnern hat und auf sie mit Macht, Willkür und Gewalt reagiert, keine Zukunft hat. Davon war Arno Esch zutiefst überzeugt. Und für diese Überzeugung hat er mit seinem Leben bezahlt.“

Arno Esch hatte seit 1946 an der Universität Rostock Rechtswissenschaften studiert und geriet durch sein Engagement für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft in der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Konflikt mit SED und so-

wjetischer Besatzungsmacht. Im Oktober 1949 wurde er vom sowjetischen Geheimdienst MGB in Rostock verhaftet und bald darauf in das Untersuchungsgefängnis am Schweriner Demmlerplatz gebracht. Im Schwurgerichtssaal des Schweriner Justizgebäudes wurde Arno Esch am 20. Juli 1950 von einem Sowjetischen Militärtribunal wegen angeblicher Spionage und Bildung einer konterrevolutionären Organisation zum Tode verurteilt.

Nach seiner Deportation in die Sowjetunion und erneuter Verurteilung im Mai 1951 wurde das Todesurteil am 24. Juli 1951 durch Erschießen im Moskauer Butyrka-Gefängnis vollstreckt. Im Zusammenhang mit der Verfolgung von Arno Esch wurden 13 weitere junge LDP-Mitglieder aus Mecklenburg verhaftet und hingerichtet oder zu langen Lagerhaftstrafen verurteilt. 

Härtefall-Fonds auch für SED-Opfer im Westen

Die Vollendung der inneren Einheit und die mahnende Erinnerung an das SED-Unrecht müssen auch in Zukunft wichtige Anliegen der deutschen Politik sein. In einer Erklärung zum 60. Jahrestag des Mauerbaus fordert der CDU-Kreisverband Hannover-Land, daß gerade die junge Generation erfahren soll, in welches Elend die braune und die rote Diktatur in Deutschland jeweils geführt haben. Die Jugend müsse deshalb wissen, wie notwendig es ist, für Demokratie und Menschenrechte zu kämpfen. In diesem Zusammenhang sind Opposition und Widerstand in der ehemaligen DDR stärker als bisher zu würdigen. Vor allem sollten diese Themen einen angemessenen Platz in den Lehrplänen von Bildungseinrichtungen einnehmen. Um Jugendliche zu erreichen, sind dafür eine jugendgemäße Sprache und moderne digitale Vermittlungsmöglichkeiten einzusetzen.

Die CDU Hannover-Land bekennt sich weiter dazu, die soziale Lage der ehemals von der SED politisch Verfolgten zu verbessern. Die Opferrente sollten alle berechtigten Haftopfer erhalten, ohne die bisherige Bedürftigkeitsprüfung. Die meisten Betroffenen empfinden die Zuwendung sowieso nicht primär als einen finanziellen Ausgleich in einer sozialen

Notlage, sondern vielmehr als Anerkennung des wiedervereinten Deutschlands für Ihren Einsatz für Demokratie und persönliche Freiheit.

SED-Opfer sind ein gesamtdeutsches Thema. Viele leben heute in den westlichen Bundesländern. Deshalb begrüßt die CDU Hannover-Land ausdrücklich die Wahl von Evelyn Zupke zur direkt dem Bundestag unterstellten unabhängigen Beauftragten für die Probleme der SED-Opfer. Mehrfach hatte Frau

Zupke Niedersachsen als positives Beispiel für die anderen westdeutschen Bundesländer genannt. Niedersachsen hat im Innenministerium eine eigene Opfer-Beratungsstelle. Damit könne den Betroffenen direkt vermittelt werden, daß beispielsweise der bisher nur in den östlichen Bundesländern angewandte Härtefall-Fonds auch auf die heute im Westen lebenden SED-Opfer ausgedehnt werden kann.

Hartmut Büttner

Neue Kontaktdaten

Auf Beschluß des Deutschen Bundestages ist die Verantwortung für das Stasi-Unterlagen-Archiv zum 17. Juni 2021 an das Bundesarchiv übergegangen. Während unser Archivgut bis auf Weiteres in den bekannten Standorten verbleibt und der Aktenzugang weiterhin nach den Vorschriften des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erfolgt, haben sich unsere Bezeichnung und die Kontaktdaten geändert. Wir möchten Sie bitten, ab sofort die folgenden Angaben zu verwenden:

Bundesarchiv
Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig
Dittrichring 24
04109 Leipzig
Telefon: 0341 2247-3211
Fax: 0341 2247-3219
E-Mail: leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de
Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de.

Jugendwettbewerb

Der Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ geht im September 2021 in eine neue Runde. Jugendliche aus ganz Deutschland sind diesmal eingeladen, Beiträge zum Thema „Jungsein“ einzureichen. Wir möchten Jugendliche anregen, sich mit der jüngsten Vergangenheit und Fragen rund um das Erwachsenwerden in den Umbruchjahren seit 1989/90 auseinanderzusetzen. Wie war die Jugend ihrer Eltern? Was veränderte sich 1989/90 für junge Menschen, als Deutschland wieder ein Land wurde? Wie entwickelten sich Jugendkulturen von damals bis heute? Bedeutet es heute noch etwas, ob man in Ost- oder Westdeutschland aufwächst?

Start des Wettbewerbs war der 15. September 2021. Teilnehmen können Gruppen von Jugendlichen im Alter von 13 bis 19 Jahren, die Lust haben, sich auf die historische Spurensuche zu begeben und sich mit konkreten Geschichten über

Menschen und Orte auseinanderzusetzen. Einsendeschluß für die Beiträge ist der 1. März 2022. Zu gewinnen gibt es insgesamt bis zu 30 Preise in Höhe von 500 bis 3000 Euro, die bei einer Preisverleihung im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin verliehen werden. Explizit möchten wir Lehrkräfte, Interessierte und Institutionen der außerschulischen Bildung dazu ermuntern, den Wettbewerb an ihren Einrichtungen durchzuführen und die Jugendlichen bei ihren spannenden Projekten zu unterstützen und zu begleiten.

Der Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ wurde 2019/2020 erstmalig durch den Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ausgelobt. Fast 1300 Jugendliche aus Ost- und Westdeutschland beteiligten sich mit Beiträgen. Auf der Webseite www.umbruchszeiten.de kön-

nen Sie sich mit dem Projektarchiv der ersten Wettbewerbsrunde zum Thema „Deutschland im Wandel seit der Einheit“ vertraut machen. In Kürze stehen Ihnen dort auch ausführliche Informationen zur aktuellen Runde zur Verfügung.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und spannende Beiträge!

Ihr Projektteam Jugendwettbewerb
Umbruchszeiten

Projektbüro Jugendwettbewerb
Umbruchszeiten
Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin
Tel. (030) 31 98 95 336
Fax (030) 31 98 95 210
E-Mail: umbruchszeiten@bundesstiftung-aufarbeitung.de
www.umbruchszeiten.de
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
Datenschutz: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/datenschutz 

Erinnerung an die Opfer des Mauerbaus

Am 13. August 2021 jährte sich der Jahrestag des Mauerbaus zum 60. Mal. In diesem Jahr wurde eine neue Erinnerungsstele für ein erst im Jahr 2017 bekannt gewordenes Todesopfer eingeweiht. Der sowjetische Soldat Wladimir Iwanowitsch Odinzow war in der Garnison Elstal westlich von Berlin stationiert und wurde als vermeintlicher Flüchtling auf der Dorfstraße von Seeburg, unweit der Grenze zu West-Berlin, von Polizeiposten erschossen. Wladimir Odinzow ist das 140. Todesopfer an der Berliner Mauer.

Zu Beginn der Veranstaltung sprach die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Maria Nooke, und erinnerte an das 140. Todesopfer Wladimir Iwanowitsch Odinzow. Danach enthüllten die Präsidentin des Brandenburger Landtags, Prof. Dr. Ulrike Liedtke, und der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Ralf Wieland, das Stelenensemble.


Die Veranstaltung klang mit einer gemeinsamen Schweigeminute aus.

Der Standort der Stele befindet sich am westlichen Stadtrand Berlins an der B2 (Potsdamer Chaussee), in Höhe der Einmündung der von Seeburg kommenden

Straße (Engelsfelde) direkt am Mauerweg.

Die Erinnerung an die Todesopfer an der Berliner Mauer ist den Veranstaltern, der Aufarbeitungsbeauftragten des Landes Brandenburg, Dr. Maria Nooke, dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten, Tom Sello, sowie dem Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Prof. Dr. Axel Klausmeier, ein wichtiges Anliegen.

Bereits zum 50. Jahrestag des Mauerbaus wurden mit Unterstützung der Länder Berlin und Brandenburg entlang des Mauerwegs Erinnerungsstelen für die Todesopfer an der Berliner Mauer errichtet.

Das Gesamtprojekt zur Errichtung von Stelen für die Todesopfer wurde 2009 von der Stiftung Berliner Mauer initiiert und gemeinsam mit der Grün Berlin GmbH realisiert. 

Gedenktafel in Zeitz

Nach fast 30jährigen Bemühungen wurde am 11. September 2021 in Zeitz auf Beschluß des Stadtrates am Altmarkt eine Gedenkinschrift für Opfer der SED-Diktatur eingeweiht.

Die Stadtverwaltung lud zu einer zweiteiligen Veranstaltung ein: zunächst wurde die Gedenktafel am Gewandhaus feierlich enthüllt. Anschließend fand im gegenüberliegenden Rathaus eine weiterführende Veranstaltung mit Vortrag und Musik statt.

Die Gedenktafel trägt den Text:

„In den Gebäuden Altmarkt 16–19 befand sich während der DDR-Zeit das Volkspolizeikreisamt, in dem Menschen verhört, schikaniert und in Gefängnisse überstellt wurden. Aus der Stadt und dem Kreis Zeitz kamen damals Menschen aus politischen Gründen zu Tode oder wurden in anderer Weise Opfer politischer Willkür. Wir würdigen den Einsatz für Freiheit und Demokratie und gedenken der Opfer der SED-Diktatur (1949–1989).“

Dank geht an alle Unterstützer der Gedenktafel!

Oskar Schmidt

Widerstand

Daß es in der DDR keine Opposition nach westlichem Vorbild geben konnte, resultierte aus dem Allmachtsanspruch der Partei. Und „die Partei“ war die SED, niemand sonst. Die Partei hatte immer recht und somit immer das Recht. Weil dies aber sehr viele Menschen anders sahen, war widerstrebendes Denken und Handeln verbreitet. Handeln, das diesen Machtanspruch in Frage stellte, war somit grundsätzlich und daher strafbewehrt. Entsprechende Paragraphen des Strafgesetzbuches waren dafür der juristische und politische Rahmen.

Der Autor Wolfgang Welsch legt mit dem Buch „Widerstand“ eine Analyse des SED-Staates mit Blick auf den Begriff der Freiheit, nicht zuletzt der Freiheit zur Meinungsbildung, vor. Eine Stärke des Buches besteht darin, daß Begriffe wie „Widerstand“ und „Opposition“ sowie „Bürgerrechtler“ klar gegeneinander in ihren Definitionen abgegrenzt werden. Der sogenannten Bürgerrechtsbewegung in der DDR erkennt der Autor einen Widerstandsbegriff nicht zu. Er geht davon aus, daß diese Initiativen vornehmlich eine bessere DDR angestrebt hätten und nicht einen freiheitlichen Staat. Den Widerstandsbegriff dehnt er auf den Westen aus, Fluchthilfe sieht er als Widerstand von außen. Welsch selbst hat sich im Sinne des Widerstands gegen das SED-Regime sehr verdient gemacht. Sieben Jahre Zuchthaus sagen dazu einiges. Und er wurde nach seiner Freilassung in den Westen einer der aktivsten Fluchthelfer. Mehrere Mordan-

schläge, wie etwa das Thallium-Attentat in Israel gegen ihn und seine Familie, sind ein Zeugnis für die Gefährlichkeit, welche die Stasi durch ihn sah.

Das Buch ist gut lesbar geschrieben, und der Leser bekommt viele Anregungen zu Fragen im Rahmen der deutschen Teilungsgeschichte. Leider enthält es Wie-

die aufgezeigten auch sind, kommen dadurch zu kurz.

Als Rezensent muß ich hinzufügen, daß ich mich der Beurteilung der Bürgerrechtler in der DDR durch den Autor nicht anschließen. Ich hatte damals als Beobachter aus dem Westen größte Achtung vor ihnen, ähnlich wie vor dem Widerstand. Keiner von ihnen wußte, ob er eine Inhaftierung überlebt. Auch die Menschen, welche die DDR in ihrem Sinne verbessern wollten, statt sie abzuschaffen, standen mit einem Fuß in Hoheneck, in Cottbus oder Brandenburg. Und Wolfgang Vogel, den Beauftragten Honeckers für den Freikauf, schätze ich anders ein als der Autor. Kein einziger ehemaliger Häftling hat ihn des Mandantenverrats bezichtigt. Vogel war kein Stasi-Offizier, insbesondere kein OibE. Volpert, sein früherer Führungsoffizier, war bis 1986 sein Kontaktmann zum MfS, abgelöst durch Niebling. Wäre Vogel Offizier dieser Organisation gewesen, wäre Mandantenverrat programmiert gewesen. Es gibt aber andererseits Beispiele und damit Beweise dafür, daß Vogel in manchen Fällen zumindest emotional auf der Seite der Häftlinge stand. Im Übrigen gab es auch bei seinem Freund Volpert zwei Seiten, jedoch in anderer Beziehung.

Möglicherweise gibt es einen Zusammenhang zwischen seinem Tod 1986 und dem Phänomen „Widerstand“. Was besagt: Dieses Thema ist noch lange nicht abgeschlossen, es wird weitere interessante Bücher dazu geben.

Bernd Lippmann



.....
Wolfgang Welsch: Widerstand. Eine Abrechnung mit der SED-Diktatur, Lukas Verlag 2021, 379 S., 30,- €

derholungen, wie zum Beispiel zu den Freikauf-Praktiken oder zu der Sabotage im Zuchthaus Brandenburg. Versetzt mit philosophischen und politikwissenschaftlichen Rahmenbemerkungen erscheint es als zu dick geraten. Konkrete Widerstandshandlungen, so interessant



Erinnerungen eines Richters

Im Mai dieses Jahres erschien ein wichtiges und sehr informatives Buch im „Berlin Story Verlag“. Hansgeorg Bräutigam legt mit „Die Aufarbeitung des SED-Unrechts: Erinnerungen eines Richters“ seine Erinnerungen und Erfahrungen mit der juristischen Aufarbeitung des DDR-Diktatur-Unrechts vor. „Mit seinem Buch ermöglicht Hansgeorg Bräutigam nicht nur einen Rückblick auf den Beginn der strafrechtlichen Aufarbeitung,

sondern bietet zugleich einen Überblick über die Schwierigkeiten des juristischen Neubeginns in der ehemaligen DDR und eine Analyse der damaligen Verfahren“, schreibt Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in ihrem Geleitwort.

Hansgeorg Bräutigam war von 1979 bis 2002 Vorsitzender Richter am Berliner Landgericht. Ab 1991 leitete er die neu eingerichtete Strafkammer an diesem Gericht, die für Kassation und Rehabilitation strafgerichtlicher Entscheidungen von DDR-Gerichten zuständig war. Als Taschenbuch konzipiert, beschreibt das Buch zahlreiche juristische Verfahren, die vor Gericht verhandelt wurden. Als Richter

.....
Hansgeorg Bräutigam: Die Aufarbeitung des SED-Unrechts. Erinnerungen eines Richters, Berlin Story Verlag 2021, 266 S., 19,95 €

war Bräutigam z.B. im Verfahren gegen Erich Honecker und im Verfahren gegen Erich Mielke verantwortlich. Bräutigam gelingt es, sowohl juristische Hintergründe verständlich darzustellen als auch die oft komplexen Fälle zugänglich zu schildern.

Viel Wissenswertes erfährt der Leser u. a. über die Prozesse um die Verschleierung des SED-Vermögens – hier insbesondere über den „Putnik-Deal“, den Fall „Novum“ sowie die „Rote Fini“ – über die Mauerschützenprozesse, über den Honecker-Prozeß oder über den Prozeß gegen Verantwortliche des Staats-Dopings. Besonders belastend empfand der Richter den Fall des Rechtsanwaltes und Stasi-IM Wolfgang Schnur, der viele Persönlichkeiten ausgespäht und Mandanten an die Stasi verraten hatte.

Das Buch bündelt viele prominente Fälle von DDR-Unrecht in einem Band und bietet viele Hintergründe zu diesen. Das macht es besonders wertvoll und lesenswert, auch als Nachschlagewerk. Den versuchten Mord an dem Fluchthelfer Wolfgang Welsch beispielsweise beschreibt Bräutigam sehr eindringlich

und detailreich. Bräutigam schildert an diesem Fall, wie weit die Stasi ging, um Gegner auszuschalten.

Der pensionierte Richter findet in seinem Werk eine Sprache, die unaufgeregt und anschaulich den Themenkomplex schildert und gleichzeitig auf den Punkt kommt. Der bei den Linken verhaßte Jurist benennt die zahlreichen Straftaten und die Täter des SED-Regimes, er ordnet die juristische Aufarbeitung des Diktatur-Unrechts ein. Sein Fazit ist ernüchternd, die Aufarbeitung ist aus seiner Sicht zum überwiegenden Teil gescheitert, Unrecht sei meistens nur beurkundet worden, verhängte Strafen könnten meist nur als symbolisch bezeichnet werden.

Er stellt seine Bilanz in den Zusammenhang mit den Möglichkeiten des Rechtsstaates, Diktaturverbrechen zu verfolgen und zu ahnden. Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit würden sich nicht immer entsprechen. Dies sei eine schmerzliche Erkenntnis für viele Diktatur-Opfer gewesen, der Rechtsstaat habe aber immer Vorrang.

Jörg Plath

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben

Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälke am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Dr. Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, Eckhard Bufe am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Lenchen Sperling am 27. September, Joachim Simon am 28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Wo steht die Berliner Mauer heute?

Ein Bildband der Bundesstiftung Aufarbeitung gibt Antworten

(VT)Ob in Australien, Asien oder Afrika – auf allen bewohnten Kontinenten der Erde erinnern heute Segmente der Berliner Mauer an die Überwindung von Teilung und Diktatur in der Friedlichen Revolution von 1989 und entfalten in jedem Land ihre eigene Symbolkraft. 170 Mauerdenkmäler dokumentiert das reich bebilderte Buch „Die Berliner Mauer in der Welt“. Am 21. Juli 2021 erschien es

in mittlerweile dritter, überarbeiteter Auflage.

Die Autoren haben für das Buch die weltweit verstreuten Mauerteile ausfindig gemacht und die Geschichten dahinter festgehalten. Sie wurden fündig bei den Gedenkbibliotheken der US-Präsidenten, im Vatikan und vielen Hauptstädten der Erde, aber auch an ungewöhnlichen Orten, etwa der Herrentoilette eines Casinos in Las Vegas. Im australischen Bundesstaat New South Wales stand ein Mauerteil 28 Jahre lang unbeachtet unter dem Vordach eines Lagerhauses, bis es wiederentdeckt wurde. Seit November 2019 erinnert es vor dem Goethe-Institut in einem Vorort von Sydney an die deutsche Teilung.

Einführungstexte der Herausgeberin Anna Kaminsky, des Direktors der Stiftung Berliner Mauer, Axel Klausmeier, oder der brandenburgischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur, Maria Nooke, informieren über die deutsche Teilung sowie über die Erinnerung an die Berliner Mauer seit 1990.



Anna Kaminsky (Hg.): *Die Berliner Mauer in der Welt*, 3., überarb. Auflage, Berlin Story Verlag, Berlin 2021, 19,95 €

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz
(Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer
Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 15 28 58
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di, 12–18 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische
Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Helmuth Astler, Othmar Ballmaier, Klaus Bohlken, Gerold von Busse, Dr. Karl-Heinrich Ebel, Klaus Fischer, Alexander Grow, Johanna Hanncke, Konstanze Helber, Peter Hilarius, Konrad Hill, Jobst Kühne, Michael J. Lange, Erich Lienhart, Editha J. Liermann, Angelika Maedicke, Horst u. Sieglinde Opitz, Brigitte Pantermoller, Bernhard Roger, Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon-vom Stein, Rainer Schmiedel, Siegbert Schmolke, Udo Schulz, Matthias Sperwien, Manfred Spuhn, Hartmut Teufel, Manfred Will

Stacheldraht-Konto:
BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01
BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Das Schicksal ist nur eine Entschuldigung des Tyrannen für seine Verbrechen und eine Entschuldigung des Toren dafür, daß er sich dem Tyrannen nicht entgegensetzt.

Peter Tremayne

BSV-Förderverein für Beratungen
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz
Sprechzeiten s. S. 19
Telefon (030) 55 15 28 58
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC: DEUT DED B110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 30. August 2021